

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Dritteljahr 3,30 Mk., monat 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühre
beträgt für die sechsheftige Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Berichts- und Versammlungs-Anzeigen,

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 26. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Ursachen der Betriebsunfälle.

Jahr für Jahr findet eine Vermehrung der Betriebsunfälle statt
und zwar in größerem Maße als sich die Zahl der Arbeiter in den
versicherungspflichtigen Betrieben vermehrt. Läßt man die landwirth-

ausübt." Nehliche Beobachtungen machte auch der Beamte für
Frankfurt a. O. Er schreibt: "Leider werden auf den in ländlichen
Bezirken befindlichen Schneidemühlen noch oft frisch eingestellte

Der badenser Bericht weist darauf hin, daß jugendliche
Arbeiter beim Reinigen von Maschinen häufig verunglücken, auch wenn dieselben mit Schutzvorrichtungen versehen sind.

Table with 4 columns: Arbeitszeit, Zahl der Unfälle überhaupt, Zahl der Unfälle in pCt. der Arbeiterzahl, Zahl der Arbeiter. Rows include 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12, 12 1/2, 13, über 13, sonst unbestimmt.

Die vorstehende Zusammenstellung umfaßt Mühlen, Dresch-
maschinen und ähnliche Betriebe. Im allgemeinen ergibt sich,
daß mit zunehmender Arbeitszeit die Zahl der Unfälle wächst."

Die Ueberarbeitung ist es, die nicht nur, wie oft genug
festgestellt, schlechte Löhne, sondern auch vermehrte Unfalls-
gefahr bringt. Ausdrücklich heißt es im Bericht für Ober-

Durch eine entsprechende Abkürzung der Arbeitszeit
ist übermäßiger Ermüdung der Arbeiter vorzubeugen,
wie solche u. a. bei langen Wechselschichten, z. B. in der Mäl-
lerei zweifellos noch vorkommen."

Zweifellos auch noch in vielen anderen Berufen. Wie diese
Uebermüdung wirkt, zeigt sich auch aus einer Zusammenstellung,
die von verschiedenen Beamten in Schwaben und Sachsen über die
Vertheilung der Unfälle auf die einzelnen Wochentage gemacht wurde.

Was nun die allgemeine Rücksichtslosigkeit der Unternehmer
betrifft, die wir als dritte Hauptursache der Unfälle bezeichnen,
so offenbart sich dieselbe besonders darin, daß beim Trans-
portieren schwerer Gegenstände weder die erforderliche
Auswahl an geeigneten, starken und geschickten Personen ge-

Noch deutlicher schildert dies der Bericht aus Opyeln, welcher
besagt, daß besonders "in den großen Puddel- und Walz-
werken nach wie vor eine große Anzahl Unfälle auf Stoßen,
Fallen, Ausgleiten, Anstoßen in schlecht beleuchteten
Räumen und auf unebenem Fußboden oder über
im Wege liegende Gegenstände zurückzuführen ist."

Der Bremer Beamte erklärt: "Nicht ganz vereinzelt sind die
Unfälle auf eine nachlässige unordentliche Betriebs-
leitung zurückzuführen." Er versucht einen solchen nachlässigen
rücksichtslosen Unternehmer kriminell zu belangen, das Ver-
fahren wurde aber eingestellt, weil eine kriminell fahrbare
Schuld nicht konstatiert werden konnte.

Und wenn die Gerichte nichts erreichen, durch
Mahnungen sind solche Ausbeuter nicht zu kuriren. Es wird
ein frommer Wunsch bleiben, daß der Beamte für Oberbayern
fordert:

"Die Betriebsleiter müssen lernen, in Zukunft das ge-
samte Arbeitsverfahren mindestens ebenso sehr
dem Gedanken der Betriebssicherheit als dem
der Kostenersparniß zu unterstellen und jeder

einzelnen Arbeitskraft die ihrer individuellen Leistungs-
fähigkeit zukommende Fürsorge zuzuwenden."

Die Kostenersparniß wird nach wie vor die Hauptsache
bleiben! Können die Unternehmer doch nicht nur ungestraft, nein
unter dem Jubel der herrschenden Klasse an stelle gelernter Arbeiter
die schlechtesten ungelerten zu schwierigsten Arbeiten verwenden und
sie dabei dem Tod und der Verkrüppelung preisgeben! Oder besagt
etwa die Beschäftigung ungelerner Streikbrecher beim
Hamburger Gasenarbeiter-Streik etwas anderes? Kommen dort
nicht jetzt mehr Unfälle vor wie je? Und sollten nicht dafür die
Unternehmer auch kriminell haftbar sein?

Statt dessen werden sie von den einflussreichsten Stellen aus
gelobt und geschützt!

Tafur leben wir eben im Klassenstaat. Und wie er das
Unternehmertum nicht an der Vernichtung der Arbeiter hindert,
legt er diesen alle nur möglichen Schwierigkeiten in den Weg, wenn
sie sich durch Organisationen die erforderliche Widerstandskraft
schaffen wollen. Da haben denn die Berichte der Gewerbe-Aufsichts-
beamten leicht davon zu reden, daß die Arbeiter auch selber an
den Unfällen schuld seien, daß Leichtsinns und Nichtbeachtung der
Schutzmaßregeln sie zu Krüppeln mache. Selbstverständlich — der Arbeiter
muß für seinen gefährvollen Beruf auch geistig erzogen werden und
das vermag er nur, wenn er durch seine Organisationen sich das er-
forderliche Selbstbewußtsein schafft, das ihn hindert, sich
um thörichten Sklaven zu degradieren. Doch gerade diese unüber-
legenden und unwissenden Arbeiter sind ja dem Unternehmertum wie
besseren Klassenloos die liebsten, und so werden beide nach wie vor
über die selbstverschuldeten Unfälle klagen und gleichzeitig das einzige
Mittel, durch das sie vermieden werden können, die Selbsterziehung
in und durch Organisation, wäthend bekämpfen. Eine wider-
liche Komödie!

Politische Ueberblick.

Berlin, 25. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Heute nahm in Fortsetzung der
Debatte über die Unfallnovelle Genosse Grillenberger
als erster Redner das Wort, um den Standpunkt unserer
Fraktion darzulegen. Unser Genosse gab von vornherein zu,
daß die Vorlage eine Reihe von Verbesserungen bringe, doch
sei zu bedauern, daß dieselbe nicht weiter gehe. Die jetzige
Novelle bleibe hinter den Vorschlägen des Entwurfes von 1894
zurück, welcher freilich gar nicht an das Haus gekommen, sondern
schon im Bundesrath stecken geblieben sei. Man habe damals
angenommen, daß die Novelle an zünftigerem Widerstande
geschickert sei. Die Rücksicht auf diesen Widerstand scheine
auch bei Abfassung der jetzigen Vorlage obgewaltet zu
haben. Anders lasse es sich nicht begreifen, daß die An-
dehnung der Versicherung auf das gesamte Handwerk nicht vor-
gesehen sei. Das sei bedauerlich, ebenso wie die Ausschließung
der Hausindustrie. Auch da, wo eine Ausdehnung der Ver-
sicherung verlangt werde, so im Handels- und Baugewerbe und
bei den Hausbediensteten, gehe die Vorlage nicht weit genug.
Redner kündigt entsprechende Entwürfe für die Kommission an und
ging dann zur Kritik der Mängel über, welche sich bei dem
jetzigen Verfahren im Unfallwesen herausgestellt haben. Die
schonungslose Ausdehnung der Uebelstände wurde bei den
Begnern natürlich unangenehm empfunden, welche Stimmung
sich durch laute Zwischenrufe bemerkbar machte. Unser
Redner belegte aber seine Behauptungen mit so vielen
aus der Praxis genommenen Beispielen, daß die
Schreier bald wieder ruhig wurden. Nachdem Grillenberger
in ebenso fesselnder wie sachlicher Weise sich über das
schleppende Verfahren bei Feststellung der Renten, die
fortgesetzte Knapserei an denselben, das System der Ver-
trauensärzten, die Rentenquetschen und andere Mängel aus-
gesprochen hatte, schloß er seine Ausführungen mit der
Erklärung, daß, wenn es gelänge, die in der Novelle ent-
haltenen und in der Rede gezeigten Verschlechterungen zu be-
seitigen, die Fraktion für das Gesetz stimmen werde.

Nach unserem Genossen nahm Minister von Bötticher
das Wort, um sich auf die Frage des Abg. Böfcke, warum
der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes nicht anwesend
sei — auszusprechen.

Dagegen beantwortete der Herr Minister eine Reihe von
Fragen, die kein Mensch an ihn gestellt hatte.

Hierauf ergriff der Centrum's-Sozialpolitiker Hige das
Wort. Abgesehen von einer recht überflüssigen Strafpredigt
an unsere Genossen darüber, daß sie seiner Zeit nicht für das
Unfallgesetz gestimmt haben, sprach Herr Hige heute sehr
vernünftig. Der Redner gab eine Reihe von Beschwerden der
Arbeiter über die heutige Gestaltung des Unfallwesens aus
berechtigt zu und sprach er sich unter anderem auch
für Beteiligung der Arbeiter an der ersten Fest-
stellung der Unfallrente und für Hinaufführung der Volkrente
von 66% auf 70 oder 75 pCt. aus. Außerdem entwickelte
der Redner seine Ansichten über Ausdehnung der Versicherung
für Wittwen und Waisen und Arbeitslosigkeit, als deren Träger
er die Berufsgenossenschaften verwenden will. Abgesehen davon,
daß die Arbeiter zu den Berufsgenossenschaften das nötige Vertrauen
vorläufig sicher nicht haben, so wird Herr Hige wohl selbst zugeben,
daß die jetzige Zeit möglichst schlecht gewählt für derartige Zu-
kunftspläne ist.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Der neue russische Minister des Auswärtigen, Graf
Murawiew, scheint vor Uebernahme seiner Geschäfte eine Rundreise
durch Europa machen zu wollen. Nachdem er in Kopenhagen, wo
er lange Zeit Gesandter war, sein Abberufungsschreiben überreicht
hat, begibt er sich nach Paris, um persönliche Beziehungen mit den
französischen Staatsmännern anzuknüpfen. Die Pariser Blätter
begreifen den Besuch des Grafen Murawiew als einen neuen feier-

Gewöhnlich wird uns entgegnet, daß ja gerade durch die Art
der Organisation der Unfallversicherung die Verhütung der
Unfälle im eigenen Interesse der Unternehmer läge. Ja, aber was
geschieht dann, wenn trotzdem ein Unternehmer keine ausreichenden
Schutzvorrichtungen anbringt? Darüber belehrt der badenser Bericht,
der schon so manche dunkle Stelle der Unternehmerversen in das
richtige Licht setzte. Er erklärt, daß es vielfach dieselben An-
lagen sind, welche immer wieder ganz außergewöhnlich hohe
Unfallsummen haben, und da sei manche Berufsgenossenschaft streng
eingeschritten, habe bis 500 M. jährlichen Zuschlag dem Unternehmer
aufgelegt, es sei aber alles geblieben, wie es war.

Warum wohl? Nun, weil der Unternehmer noch immer ein
besseres Geschäft macht, wenn er 500 M. jährlich bezahlt,
als wenn er große Umbauten und Anlagen vornimmt, die seinen
Betrieb für den Arbeiter sicherer machen. Der badenser Beamte
meint, es sei im öffentlichen Interesse, daß Anlagen der genannten Art
in andere Hände übergehen. Dazu fehlt aber jegliche gesetzliche Handhabe.
Das einzige, was jetzt schon geschehen könnte, ist, daß die Gerichte
solche Unternehmer bei Unfällen zur persönlichen Verantwortung
ziehen. Das geschieht auch hier und da aber wie! In Baden
haben Unternehmer, bei denen Arbeiter infolge mangelnder Schutz-
vorrichtungen getödtet wurden, eine Gefängnisstrafe von mehreren
Wochen (!) erhalten. In Württemberg erhielt ein Arbeitgeber,
bei dem ein Arbeiter durch Fehlen der Schutzvorrichtung verlegt
wurde, ganze 50 Mark Geldstrafe, und in Opyeln wurde
ein Werksbesitzer, dessen Kreißäge lange Zeit ohne Schutz-
vorrichtung geblieben war, trotzdem der Gewerbe-Aufsichtsbeamte
diese Schärft verlangt hatte, zu 30 Mark Geldstrafe ver-
urtheilt, nachdem einem Arbeiter zwei Finger der rechten Hand
abgeschnitten waren! Der Unternehmer hatte seine Säumigkeit mit
Frankheit entschuldigt. Gegenüber diesen so geringfügigen Strafen
bleibt ein Unternehmer kalt! Vergleicht man damit, zu wech hohen
Gefängnisstrafen ein Arbeiter oder Redakteur einer Arbeiter-Zeitung
wegen Verleumdung eines Unternehmers, dessen Brutalität er richtig kenn-
zeichnet, verurtheilt wird, dann zeigt dies wiederum, wie Licht und
Schatten in unserem "sozialen Staate" vertheilt sind.

Manche Berufsgenossenschaften scheuen sich auch, mit Straf-
zuschlägen zum Gefahrenrisiko bei mangelnden Schutzvorrichtungen
vorzugehen, weil, wie es im badenser Berichte heißt, "dies vielfache
Verstimmungen unter den Arbeitgebern hervor-
bringt". Und wie kann eine Unternehmer-Organisation ihre Mit-
glieder verstimmen wollen! Oder können schon die Arbeiter
verstimmt werden!

Dazu kommt, daß die Vertrauensmänner der Berufsgenossen-
schaften als Angestellte der Unternehmer-Organisation weder eine
unabhängige noch unparteiische Stellung einnehmen. Der Bericht
aus Westpreußen konstatiert, daß die Vertrauensmänner nicht immer
die erforderliche Sachkenntniß und praktische Geschick zu haben
scheinen", und der Bericht aus Opyeln verräth, daß bei der Stahl-
und Eisenberufsgenossenschaft (bei der sich die meisten Unfälle er-
eignen) die Vertrauensmänner fast durchweg Werks-
beamte sind, deren Einfluß auf die Kontingenzwerte natürlich
stark beeinträchtigt ist."

Damit ist nicht nur für diesen einzelnen Fall der Werth der
Vertrauensmänner und Vertrauensmänner bei den Berufsgenossenschaften ge-
tenusgezeichnet! Doch der Mangel an Schutzvorrichtungen an den Maschinen
und die ungenügende Kontrolle darüber ist es nicht allein, ja nicht
einmal hauptsächlich, welche die "scheinend große Zahl der
Unfälle", wie sehr zutreffend der bayerische Bericht es nennt, ver-
ursachen. Endlich weisen auch die Berichte der Gewerbe-Aufsichts-
beamten in deutlicherer Weise wie früher auf jene andern
großen Uebelstände hin, die von unserer Partei seit als einfluß-
reich bezeichnet worden sind: Das ist die Verwundung un-
gelernter, schwächlicher und jugendlicher Arbeiter
bei gefährlichen Arbeiten, die überlange Arbeitsdauer und
die allgemeine Rücksichtslosigkeit des Unternehmers
gegen die Arbeiter.

Der Hildesheimer Bericht weist auf die außerordentlich steigende
Zahl der Unfälle im Feiner Walzwerk hin und sagt: "Hier
läßt sich der Einfluß erkennen, den die Einstellung neuer,
noch nicht mit den betreffenden Arbeiten ver-
trauter Arbeitskräfte auf die Zahl der Unfälle

lichen Beweis der französisch-russischen Allianz und als ein neues Unterfangen der Freundschaft des Zaren für Frankreich. Wahrscheinlich um der französischen Ruffenlosigkeit einen Dämpfer aufzusetzen, begibt sich Graf Murawiew von Paris nach Berlin, um hier seine alten Beziehungen wieder aufzufrischen. Auch Wien scheint er auf seiner Rundreise berühren zu wollen.

Ueber den Vorstoß des Mahdi liegen folgende neue Nachrichten vor: Ueber Paris wird gemeldet, daß sich der ganze Sudan in großer Erregung befindet. Die Derwische predigen den heiligen Krieg gegen die Europäer. Ein kombinierter Angriff auf Gyrträn, Ober-Ägypten und den Kongosstaat soll bevorstehen.

Aus Apolda in italienischen Afrika wird telegraphisch: Die Hauptmacht der Derwische ist noch immer in Kandiab mit vielen vorgeschobenen Posten, welche längs einer etliche Kilometer südlich von Lokule - Kuffit befindlichen Linie staufenförmig aufgestellt sind. Bei dem, wie gemeldet, am 19. d. M. zwischen Agos und Mas Alula stattgehabten Treffen ist unter anderen auch Metesfa gefallen, welcher der unruhigste unter den von den Italienern Abgefallenen war.

Nach dem „Esercito italiano“ verfügt General Bigano gegenüber den Derwischen über 4000 Gewehre, 150 Pferde und 24 Kanonen. Auf Grund von Mittheilungen aus besser Quelle erklärt die „Italia“ die Meldungen über das Scheitern von Verhandlungen zwischen Italien und England bezüglich Kassala's und bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Derwische für unrichtig.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses, sowie wegen Betruges hatte sich heute der Lazarettgehilfe Carl Ott vor der III. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Aus Altona wird uns geschrieben: Der Zigarrenmacher Koblwas, ein gänzlich heruntergekommener Mensch, der viele Jahre in Strafanstalten und Arbeitshäusern zugebracht hat, wurde von der Strafkammer des Altonaer Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt. Er soll sich dieses Vergehens schuldig gemacht haben, als er vor kurzem in angetrunkenem Zustande Unfug machte und verhaftet wurde. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt.

Deutsches Reich.

— Der „Zeuge von Tausch“ — so schreibt ein Berichtserstatter — wird in dem jetzt festgestellten, 82 Seiten umfassenden Urtheil in Sachen Ledert u. Gen. zwar ein „herausragendes Mitglied der politischen Polizei“ genannt, seinen Aussagen indes meist nur dann Glauben geschenkt, wenn er sie selbst nachträglich verbessert hätte. Zur Uebersicherung eines der Thäter allein verwurthet wird das Gesagte eigentlich nur einmal, nämlich mit Bezug auf den v. Lühow'schen Bericht an Herrn v. Tausch vom 6. Oktober v. J., in welchem Freiherr v. Marschall und seine Beamten als die Gewährsmänner des Ledert und v. Lühow genannt werden. Hier wird bei Feststellung der Thatthat ausdrücklich gesagt, daß Lühow mit Bezug auf die Genannten unwahre Thatsachen behauptet habe, „und zwar dem Kriminalkommissar v. Tausch gegenüber“. Im übrigen begegnet man im Urtheil häufiger der Rede: „Wie der Zeuge v. Tausch zwar zuerst bestritten, dann aber zugegeben hat“, oder, „wie der Zeuge v. Tausch schließlich nicht mehr bestritten hat“ u. Die eigentliche Charakteristik des Zeugen v. Tausch enthält der nachfolgende Passus: „Es muß — in diesem Verfahren — dahingestellt bleiben, ob, wie der Angeklagte v. Lühow behauptet, der Kriminalkommissar v. Tausch auch in dieser Sache persönliche Interessen, welche sich gegen den Freiherrn v. Marschall richten würden, verfolgte. Es scheint dies bei dem sonstigen Verhalten des Zeugen v. Tausch, welcher bei seinen Aussagen in vielen Punkten von der Wahrheit abgewichen ist und wegen dringenden Verdachts des Meineides noch in der Hauptverhandlung verhaftet wurde, bei der von ihm bestrittenen, aus seinem Benehmen in der Hauptverhandlung aber unabweislich hervorgehenden Animosität gegen den Freiherrn v. Marschall, welche auch dem Angeklagten v. Lühow gegenüber in seinem Verleumdungsbericht mit v. Tausch oftmals deutlich zum Ausdruck gekommen ist, nicht unwahrscheinlich.“ Dieser Passus nimmt auf die Thatsache Bezug, daß v. Tausch durch seine Angaben auch Nachrichten in die Presse bringen ließ, „von denen der Kriminalkommissar v. Tausch aus sonstigen — oder wohl auch persönlichen — Gründen wünschte, daß sie öffentlich bekannt würden“, und es wird dabei ausdrücklich des Kölner Briefes (mit der Polizeirathsdirektive für Tausch) Erwähnung gethan, den v. Tausch als von ihm herrührend zwar zuerst bestritten, schließlich aber anerkannt“ habe. Auch in der Aussichtsangelegenheit wird der Aussage des Zeugen v. Tausch kein Glaube beigemessen. Die Urtheilsgründe besagen darüber: Insbesondere ist durch die eidleiche Aussage des Zeugen Kufutsch und durch das diesbezügliche, insoweit unbedenklich glaubwürdige Geständnis des Angeklagten v. Lühow erwiesen, daß Kufutsch niemals 50 M. von v. Lühow erhalten, und die Unterschrift „Kufutsch“ unter der Quittung vom 10. November 1895 auf Veranlassung des Angeklagten v. Lühow durch irgend einen Dritten geschrieben ist. Ob hierbei der Angeklagte v. Lühow den Zeugen v. Tausch gestützt hat, wie letzterer behauptet, oder im Auftrag des v. Tausch gehandelt, und dieser den Oberstleutnant Wade gestützt hat — wie der Angeklagte v. Lühow behauptet — ist für das schwebende Verfahren unerheblich, und muß einem später gegen v. Lühow oder v. Tausch einzuleitenden Strafverfahren die Klärung (soll wohl heißen: „Aufklärung“) dieses Punktes vorbehalten werden.“ Interessant ist schließlich auch der Schlusssatz der Urtheilsbegründung: „Der hierin nach Ansicht des Gerichts zu findenden wahren Freimüthigkeit muß mit strengen Strafen entgegengetreten werden.“

— Herr Mohr, der Prokurist der Firma K. L. Mohr hat sich nach von seinem ersten Schreden erholt. Er hat sich wieder in den Aufsichtsrath der Ottenseer Bank und zum Vorsitzenden des Vereins der Ottenseer Industriellen wählen lassen, er scheint auch die Absicht zu haben, wiederum für den Landtag zu kandidieren. Wir gönnen ihn vom Herzen den Nationalliberalen und seinen Wählern.

Oesterreich.

Wien, 25. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 26. d. M. wird einen neuen Wahlausruf mit der vollständigen Liste der in der nächsten Kurie des allgemeinen Wahlrechts aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten veröffentlichen. In sämtlichen Wahlkreisen, ausgenommen dem dalmatinischen und einigen galizischen, kämpfen unsere Genossen um die Mandate.

Ungarn.

Budapest, 24. Januar. Die Grubenarbeiter von Resteg, Oravica und Annina haben einen hiesigen Advokaten beauftragt, gegen die Staatsbahn-Gesellschaft wegen eigenmächtiger, ungesetzlicher Aenderung der Statuten der Bruderslade und des Pensionsfonds Klage zu erheben.

Budapest, 23. Januar. Abgeordnetenhause. Zu einer Petition um Einführung des allgemeinen Stimmrechts erklärte der Minister des Innern Perczel, die Regierung beschäftigt sich mit einer Reform der Wahlordnung, deren Grundgedanke die Erweiterung des Wahlrechts sei, gedente jedoch nicht, das allgemeine Wahlrecht einzuführen.

Graf Ladislaus Szapary brachte eine Interpellation über die Verhinderung der Pestepidemie ein. Der Minister des Innern wies zur sofortigen Verbringung auf die Bestimmungen der Konferenzen von Venedig und Dresden hin, die auch in Ungarn Gesetzkraft hätten und strengstens eingehalten würden. Die Regierung habe auch schon entsprechende Verfügungen getroffen, um der Einschleppung der Pest nach jeder Richtung vorzubeugen. Insbesondere

werde im Einvernehmen mit Oesterreich die Einfuhr aus der Türkei auf dem Landwege beschränkt werden. Das Haus nahm die Antwort zur Kenntnis.

Abg. Dentaller interpellirte hierauf wegen der Ereignisse in Annina. Der Minister erklärte, die Untersuchung der Angelegenheit sei im Gange, vor der Beendigung derselben könne er keine Erklärungen geben.

Frankreich.

— Im Senat ist eine Sozialistengruppe in der Bildung begriffen, wozu die letzten Senatorenwahlen am 3. Januar den Anstoß gegeben haben. Die Zahl der Gruppen des Senats wird hiermit auf fünf gebracht. Die neue sozialistische Gruppe wird, wenn sie zu Stande kommt, etwa 25 Mitglieder zählen, vorausgesetzt, daß einige radikale Senatoren in sie einspringen.

Paris, 22. Januar. (Eig. Ber.) Finanzminister Cochery tritt nun binnen sechs Monaten mit einem dritten Steuerreform-Versuch auf den Plan, nachdem sein zweiter Versuch in den regierungsfreundlichen Kreisen ebenso unfaust gelaufen war, wie der erste Rentenreform-Entwurf. Diesmal verzichtet er ganz und gar auf eine einheitliche Reform. Es soll durch drei gefonderte Gesetzentwürfe nur an den schadhaftesten Punkten des Steuerwesens ein wenig geflickt werden. Die Personal- und Mobilitätssteuer wird durch eine der Vermögensschaft der Steuerzahler besser entsprechende Wohnsteuer, die Thier- und Fenstersteuer durch — vorläufig unbenannt, weil vom opportunistischen Finanzgenie noch immer nicht entdeckt — entsprechende Einnahmegeräten ersetzt und schließlich die Grundsteuer vermittels einer ebenfalls noch unbenannten „Kombination“ herabgesetzt. Wozu die Veröffentlichung der unsrigen Reformpläne? Wozu das indirekte Eingeständnis, daß die Steuerreform für das Kabinett eine finanzielle Schweregeburt ist? Um die für Cochery und Genossen maßgebende Meinung der Ordnungspresse schon während der Geburtswehen zu erfahren und so eine dritte Todgeburt zu vermeiden.

Brest, 25. Januar. Der Allirte Abbé Cayraud wurde gegen den Royalisten Grafen Blois zum Deputirten gewählt.

— Ueber die französische Flotte liest man im „Echo de Paris“: „Jeder Tag bringt uns ein neues Dementi der optimistischen Erklärungen des Marineministers in der Kammer über die Dampfessel unserer Kriegsschiffe. Anfangs der Woche verzeichnete die Presse die Havarien des „Jauréguiberry“ und des Torpedokreuzers „Pléiade“. Gestern erhielten wir aus Toulon eine Mittheilung, wonach auch die Dampfessel des Panzerschiffes „Marceau“ außer Dienst gestellt worden sind. Der „Marceau“ kehrt ins Arsenal zurück, um dort die Erneuerung seiner beschädigten Kesselröhren vornehmen zu lassen.“

Italien.

Rom, 25. Januar. Die Parlamentswahlen werden am 4. und 11. April stattfinden. Das Parlament wird am 21. April zusammentreten, um die unterbrochenen Arbeiten wieder aufzunehmen. Die Sozialisten machen große Anstrengungen zum Wahlkampf.

Rom, 23. Januar. (Eig. Ber.) Im Ministerrathe war die Gegnerschaft gegen den Auflösungsantrag des Ministerpräsidenten di Rudini so beträchtlich, daß zuerst kein Beschluß zu Stande kam, sondern nur eine dem Ministerpräsidenten erteilte Ermächtigung, über die Sache mit dem König zu verhandeln. Der letztere hat nun, wie es scheint, einem Auflösungsbeschlusse im voraus seine Zustimmung erteilt und so ist in der zweiten Ministerrathssitzung ein solcher Beschluß gefaßt worden. Natürlich wird die neue Kammer eine andere Zusammensetzung haben, wie die vorherige. Dem die letztere bestand, weil die Wahlen von Crispi geleitet wurden, in ihrer Mehrzahl aus Kreaturen Crispi's; die nächste wird aus Kreaturen des die künftigen Wahlen leitenden Ministers Rudini bestehen. Die bisherigen Sesselsinhaber haben selbstverständlich alle möglichen Gründe gegen die Auflösung der Kammer ins Feld geführt.

Zuletzt wurde von der Crispi'schen Presse auch noch die Gelegenheit einiger an der Grenze des italienischen Gebietes in Afrika vorgeworfener Streifereien der Mahdisten ergriffen, um zu behaupten, daß das Vaterland in Gefahr sei und daß unter diesen Umständen nicht an Neuwahlen gedacht werden dürfe. Die Crispi'sche Presse, welche mit solcher Verzweiflung für die Erhaltung der gegenwärtigen Kammer eintrat, weiß ohne Zweifel, welches Küßzeug sie an dieser Kammer besitzt. Es ist die nämliche Kammer, zu deren Majorität Crispi einmal sagte: „Ich stehe hier am Gurettollen und ich bin bereit, mit Euch bis in die Hölle zu gehen!“ Nachdem Crispi gegangen ist, ist es ein Gebot der Billigkeit, daß man ihm die Kammer nachschickt, welche seine Politik unterstützt und alle Versuche, seine persönlichen Konflikte mit dem Strafgesetze zur Sprache zu bringen, aus guten Gründen einfach niedergeworfen hat. Die erste beste günstige Gelegenheit würde Herrn Crispi diese Kammermajorität wieder zur Verfügung stellen.

Rußland.

Der neue Massenstreik in Petersburg. Der Vorstoß der wackeren Petersburger Arbeiter hat schon jetzt, vor der Beendigung des Kampfes, die Fabrikanten und die Regierung genöthigt, bedeutende Konzessionen zu machen. Wir erhalten soeben von unseren Petersburger Genossen die folgende Mittheilung:

„Den folgenden Tag nach dem Ausbruch des Streiks der Arbeiter von Nagewel, am 3. (15.) wie auch am 5. (17.) Januar fanden Extraversammlungen des Rathes des Finanzministeriums statt, und nach einer Berathung des Ministers mit den Fabrikanten wurde der Beschluß gefaßt, den Arbeitstag zu verkürzen. Am 7. (19.) Januar wurde durch einen vom Fabrikinspektor unterschriebenen Anschlag auf allen Webes- und Spinnfabriken bekannt gemacht, daß vom 16. (28.) April an ein Arbeitstag eingeführt werden wird, welcher von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends dauern wird, mit einer 1/2stündigen Unterbrechung für das Mittagessen. Die Arbeiter waren damit nicht zufrieden. Dem Streik haben sich die Arbeiter von Stieglitz, König, der Kalintin'schen und der Katharinoboff'schen Manufaktur angeschlossen. Am 9. (21.) Januar ist von uns ein Flugblatt an die Petersburger Weber und Spinner verbreitet worden, welches die Streikenden ermahnt, sich ruhig und fest zu verhalten und die anderen Arbeiter auffordert, sich dem Streik anzuschließen.“

Den 3. (15.) Januar stellten die Arbeiter der Alexandrow'schen Kupferfabrik, das heißt der Werkstätten der Nikolajew'schen Eisenbahn die Arbeit ein. Am 7. (19.) ließ der Direktor der Eisenbahn durch einen Anschlag bekannt machen, daß die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden; die Arbeiter nahmen darauf die Arbeit wieder auf.

Der Verein für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klasse.“

Türkei.

— Gegen den österreichisch-ungarischen Konsul auf Rhodos war der Vorwurf erhoben worden, daß er politische Flüchtlinge, die auf Schiffen der österreichisch-ungarischen Lloydgesellschaft sich befanden, den türkischen Behörden ausgeliefert hat. Die österreichisch-ungarische Presse hat diese Mittheilungen bestritten.

Nun kommt in seiner letzten Nummer das in Paris erscheinende jugtürkische Blatt „Medhoret“ neuerdings auf die Angelegenheit zurück, es versucht unter der Erklärung, es sei in der Lage, den wahren Sachverhalt darzustellen, den österreichischen Konsul als den „einzigen Schuldigen“ in dieser Affäre darzustellen. Der „Medhoret“ erzählt nämlich auf Grund eines ihm von „absolut unüberlegbarer Quelle“ zugegangenen Schreibens folgendes:

„Kunzebn Drufen, Opfer der Tyrannen Abdul Hamid's, die auf Kreta als Exilirte internirt waren, konnten glücklich die Flucht ergreifen und nach dem Piräus entkommen. Hier

*) Es ist dies die Bahn, welche Petersburg mit Moskau verbindet.

schiffen sie sich auf einem österreichischen Lloydsschiffe, dem sie die Plätze bezahlten, ein, um nach der (unter englischer Herrschaft stehenden) Insel Cypern gebracht zu werden. Das Schiff machte auf seiner Fahrt Station in Rhodus. Die türkischen Behörden daselbst erfuhren von der Anwesenheit der Flüchtlinge an Bord des Schiffes und setzten beim österreichischen Konsul, der zugleich Agent der Lloydgesellschaft ist, die Auslieferung der Ungläublichen durch, die den Irrthum begangen hatten, an den Schutz der österreichischen Flagge zu glauben. Der Lohn für diesen Häfcherdienst ließ nicht auf sich warten. Die türkische Regierung beeilte sich, den Agenten Oesterreichs für seine Liebedienerei gegenüber dem Despotismus des Sultans zu belohnen. Dieses Ereigniß kam übrigens nicht zum ersten Male vor. Vor nicht langer Zeit wurde einer unserer Kameraden, ein Jungtürke, unter den gleichen Vorgängen durch den österreichischen Konsul auf Chios, der ebenfalls Agent der Lloydgesellschaft ist, an die türkische Regierung ausgeliefert.“

Der Herausgeber des jugtürkischen Blattes hat sich bereit erklärt, seine Mittheilungen dokumentarisch zu erweisen; er sei an die Veröffentlichung der beiden Anklagen erst geschritten, nachdem er sich von deren absoluter Richtigkeit überzeugt hatte.

Der österreichischen Regierung bezw. ihrem Konsularkorps sind so schwere Vorwürfe gemacht worden, die es nicht nur vom Standpunkte des Völkerrechts, sondern auch der allgemein gültigen Moral schwer befehlen, daß wir auf die weiteren Erklärungen der Regierung begierig sind.

Amerika.

— Die Insurgenten scheinen nun thatsächlich vor den Thoren der Hauptstadt zu stehen. Eine Depesche aus Havana meldet:

Bei Bolaneau (C), drei Meilen von Havana entfernt, hat ein Kampf stattgefunden, bei welchem 82 Kubaufstehende und 2 Spanier getödtet sowie 7 Spanier verwundet wurden.

Reichstag.

161. Sitzung vom 25. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherung-Gesetze, wird fortgesetzt.

Abg. Grillenberger (Soz.): Es ist bedauerlich, daß in dieser wichtigen Sache bei so schlecht besuchtem Hause verhandelt werden muß. Ich hätte auch gewünscht, daß der Herr Direktor des Reichsversicherungsamtes hier zur Stelle wäre. Der Abg. Höfde hat uns vorgeworfen, daß wir uns an der Berathung dieser Gesetze auch nicht betheilig hätten. Das ist falsch. Raum irgend eine andere Partei im Hause hat an diesen Gesetzen so intensiv mitgethan als wir. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind aber durch die Art, wie sich diese Gesetze ausgewachsen haben, glänzend gerechtfertigt dafür, daß wir gegen sie gestimmt haben. Herr v. Bötticher, der in der Debatte über den Hamburger Streik eine wenig beneidenswerthe Rolle gespielt hat, hat uns denselben Vorwurf gemacht, wie der Abg. Höfde. Wir haben zu der Kranken- und Unfallversicherung und zu den Arbeiterschutz-Gesetzen vollständige Gegentwürfe ausgearbeitet und durch Anträge jene Gesetze zu verbessern gesucht. Nachdem das nichts genützt hat, haben wir es abgelehnt, die Verantwortung für diese Gesetze zu übernehmen. Herr v. Bötticher sagte, wir hätten nicht gewollt, daß das Deutsche Reich vorangehe zur Sicherstellung der Arbeiter gegen die Gefahren des Berufes, wir hätten nicht gewollt, daß durch diese Arbeit die Zufriedenheit bei der arbeitenden Bevölkerung wachse, für die Unzufriedenheit sorgen ja schon die herrschenden Klassen und unsere Verhältnisse. Wir brauchen bloß zu konstatieren, wie die Verhältnisse liegen. Wenn diese Gesetze geeignet wären, die Zufriedenheit unter den Arbeitern zu vermehren, so würde doch alles gegen dagegen nichts nützen. Diese Gesetze müssen doch aber die Zufriedenheit nicht fördern, denn sonst hätten Sie nicht eine Verbesserung beantragt. Das Deutsche Reich ist überhaupt sehr spät mit diesen Gesetzen „vorgegangen“. Anfangs der sechziger Jahre hätte man den Anfang machen sollen und eine Million Mark für die Versicherungs-Gesetzgebung verwenden können; dann hätte etwas Ersparliches geleistet werden können. Natürlich ist das Geld zu Dotationen für andere Leute verwendet. Ich bin von Anfang hier und weiß, wie die Dinge sich entwickelt haben. Nun ist es sonderbar, daß man diesmal nur halbe Arbeit macht.

Die Regierung hat bereits erklärt, es sei zur Zeit nicht daran zu denken, mit der Verschmelzung aller Versicherungen vorzugehen. Ich glaube, daß diese nicht ausbleiben wird; wir dürfen nur nicht die Geduld verlieren. Schließlich wird die Regierung durch die Thatsachen zu Dingen gezwungen, die sie jetzt für unmöglich hält. Wir halten es für das einzig Richtige, eine große Zentral-Reichsversicherungsanstalt zu bilden und die Ausführung Territorial-Versicherungsanstalten zu übertragen. Wir halten die Berufsgenossenschaften deswegen für falsch, weil sie nur eine Klassenvertretung der Unternehmer unter Ausschluß der Arbeiter sind. Die Unternehmer werden zu Richtern in ihrer eigenen Sache gemacht; man hat also den Vord zum Gärtner gesetzt. Das hat man denn auch bei Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung bereits eingesehen und 1894 hat man es auch für möglich gehalten, die Handwerker-Unfallversicherung entweder an die Invaliditätsversicherung anzugliedern oder für sie besondere territorial abgegrenzte Anstalten ins Leben zu rufen, wofür sich die Regierungsvorlage entschieden hatte. In den Motiven zu dem gegenwärtigen Gesetzentwurf heißt es, die Gesetze hätten sich als zweckmäßig erwiesen. Ich gebe das für die Unternehmerklasse zu, für die Arbeiter haben sie sich als unweckmäßig herausgestellt. Man hat auf die großen Opfer der Unternehmer hingewiesen und sehr entzückt gethan, wenn wir sagten, daß die Arbeiter eigentlich gar nicht die Versicherten seien, sondern die Unternehmer. Und doch ist es so, daß Unfallversicherungs-Gesetz ist zunächst eine Versicherungskasse auf Gegenseitigkeit, wonach die Unternehmer zivilrechtlich haftbar sind für alle Schäden, die in ihren Betrieben vorkommen. Damit werden selbstverständlich die Arbeiter so nebenher mit versichert, weil sie die Objekte sind, die in den Betrieben in Frage kommen. Es ist aber nicht wahr, daß die Unternehmer die kolossale Summe von 64 oder mehr Millionen auf sich genommen haben in Interesse der Berufsversicherung der Arbeiter. Diese Kosten der Unfallversicherung sind eben Geschäftskosten, Geschäftskosten; man könnte ebenso gut den Arbeitern die Unkosten für Betriebsmaschinereparaturen, Kessel, Wagen, Pferde u. s. w. verrechnen. Man wird besser thun, in Zukunft solche Heuchelei zu unterlassen und nicht die zu thun, daß die Unternehmer freiwillig den Arbeiterschutz auf sich genommen haben. Außerdem schaffen doch die Arbeiter erst die Millionen, von denen die Unternehmer einen kleinen Theil opfern; es handelt sich hier um eine kaufmännische Frage, weiter um garnichts.

Wir beschweren uns über das Nichtantheilnehmendwerden der Arbeiter an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften und an verschiedenen Institutionen innerhalb derselben. Man sagt, ihr zahlt auch nichts dazu, habt also auch kein Recht, daran zu partizipieren. Das ist unrichtig. In den Krankenkassen, auf die mehr als 2/3 aller Betriebsunfälle entfallen, zahlen die Arbeiter 2/3, die Unternehmer 1/3 der Kosten, zum Theil auch gar nichts, wie bei den freien Kassen. Man sagt, die Unfälle, für welche die Krankenkassen die Kosten tragen, sind meist leichte, rasch vorübergehende, und trotzdem hat man eine löbliche Karenzzeit für diese kurz dauernden Krankheiten eingeführt. Die Mehrzahl dieser den Krankenkassen allein zur Last fallenden Unfälle dauert etwa sechs Wochen. Es kommt noch hinzu, daß die Arbeiter keine volle Entschädigung erhalten, sondern daß man jedem Verletzten 1/2 dessen, was er von Reichs wegen zu verlangen hätte, zu Gunsten der Berufsgenossenschaften abzieht, und das ist für den Arbeiter ein so gewaltiger Beitrag, daß man nicht mehr behaupten sollte, die Arbeiter trügen nichts zu den Kosten der Unfallversicherung bei. Trotzdem gehen wir vollständig vorurtheilsfrei an diese Vorlage heran. Wir erkennen neidlos an, was sie an Ver-

Besserungen enthält, sagen aber auch, was wir verbessert haben wollen. Die wichtigste Frage ist die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk und Hausindustrie, die wir wiederum vermischen. Die Regierung hatte zwar schon einmal 1894 eine Vorlage darüber entworfen, und zwar über die Hinzubeziehung des gesammten Handwerks und der damit verbundenen Hausindustrie, aber dieser Entwurf ist nur bis zum Bundesrat und in den Reichs-Anzeiger gelangt, aber nicht bis zum Reichstag. Die zünftlerischen Handwerkerkreise behaupteten, das Handwerk könne die Lasten nicht tragen, und man hat alles in Bewegung gesetzt, um die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die handwerksmäßigen Betriebe zu hintertreiben, und die Regierung hat sich breitschlagen lassen. Ich konstatiere, daß unter Arbeiterkreisen, welche in handwerksmäßigen Betrieben gewesen sind, der Wunsch besteht, ebenfalls in die Versicherung einbezogen zu werden. Ich habe eine lange Reihe von Jahren in handwerksmäßigen Betrieben gearbeitet und kann versichern, daß auch hier, wo keine Motoren im Betriebe sind, die Unfallgefahr nur wenig hinter der Arbeit in Fabriken zurücksteht. Es ist außerordentlich notwendig, die handwerksmäßigen Betriebe mit in die Versicherung einzubeziehen. Sehen Sie sich z. B. die Zustände bei den Bauhilfsberufen an. Zum Beispiel die Thätigkeit der Schlosser, Klempner, Telegraphenarbeiter, Bauanschläger u. s. w. u. s. w. Der jetzige Zustand ist unerträglich geworden, so daß man in der Regierung sich sagte, es müßte wenigstens diese Betriebe mit einbezogen werden. In Werkstätten, wo auch Bauarbeiten fabriziert werden, z. B. in Schlossereien, Klempnereien und dergleichen ist es vorgekommen, daß ein und derselbe Arbeiter an einem Tage versicherungspflichtig und nicht versicherungspflichtig war, so daß nicht zu entscheiden war, ob der Unfall in einem versicherungspflichtigen Betriebe oder nicht geschehen ist. Das soll durch das neue Gesetz beseitigt werden. Aber mit denselben Gründen, mit denen dieser Fortschritt belegt wird, kann auch verlangt werden, daß die sämtlichen handwerksmäßigen Betriebe in die Versicherung einbezogen werden. In den Motiven heißt es, es fehle an den nötigen Voraussetzungen für die Ausdehnung der Versicherung auf das ganze Handwerk. An den nötigen Voraussetzungen kann es bei diesen ebenso wenig fehlen, wie bei den zahlreichen anderen Betrieben. Der mit der Nähmaschine arbeitende Sattler kann sich ebenso wohl verletzen, wie der Bohrmaschinist, der jetzt schon versicherungspflichtig ist.

Wir werden in der Kommission den Antrag wiederholen, den die Regierung 1894 selbst gestellt hatte, die Unfallversicherung auf die handwerksmäßigen Betriebe und die Hausindustrie auszudehnen. Dasselbe gilt von den Dienstboten.

Auch hier macht die Regierung einen kleinen Fortschritt. Der Fabrikant, der nebenbei auch als Herrschaftskutscher thätig ist, war bisher nicht versicherungspflichtig. Das soll nicht mehr der Fall sein; diese Personen sollen versichert werden, aber nicht die wirklichen Dienstboten, welche nebenbei auch im Fabrikbetriebe thätig sind. Die eigentlichen Dienstboten werden also nicht entschädigt, wenn sie Schaden erleiden. Das kommt besonders bei der Landwirtschaft in Frage. Abg. v. Langen hat sich damit nicht einverstanden erklärt, daß jene Dienstboten versichert werden sollen. Ich kann mich auf das drastische Zeugnis unseres verstorbenen Kollegen Dr. Vahl berufen, der als Vorsitzender der landwirtschaftlichen Schiedsgerichte und als Angehöriger der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der bayerischen Pfalz große Erfahrungen gesammelt hat und sich im bayerischen Reichsrath 1898 für die Versicherung der landwirtschaftlichen Dienstboten ausgesprochen hat. Redner verliest darüber die Bemerkungen des Dr. Vahl. Ein niederbayerischer versicherungspflichtiger Müller erlitt beim Holzzerkleinern auf dem Pfarrhof als Tagelöhner eine Verletzung der Hand, wurde aber nicht entschädigt, weil das Holzzerkleinern zu häuslichen Arbeiten gehöre, obwohl mit dem Pfarrhof Landwirtschaft und Viehzucht verbunden war. Wir sind dafür, daß die Dienstboten überhaupt einbezogen werden, weil sie in der Hauswirtschaft ebenso gut Unfälle erleiden können, wie in der Landwirtschaft. Ein Kirchenspländerer Bauer, der bei der Ernte beschäftigt, also im Versicherungsbetriebe, wurde von der Bäuerin abgerufen, um eine häusliche Verrichtung zu machen. Beim Herabsteigen von der Leiter fiel der Bauer sich todt. Seine Frau bekam keine Entschädigung, weil das Heruntersteigen von der Leiter zu dem Zweck, eine häusliche Verrichtung vorzunehmen, nicht mehr innerhalb des versicherungspflichtigen landwirtschaftlichen Betriebes erfolgt war. Sie sehen, welche Kasuistik und welche sonderbaren Fälle konstruirt werden.

Die Handelsangestellten sollen auch nur insofern der Versicherungspflicht unterworfen werden, als sie in Betrieben beschäftigt werden, die mit Fuhrwerks- und Lagerbetrieb verbunden sind. Auch das ist nicht ausreichend, es müssen sämtliche Handlungscommis versichert werden; namentlich müssen die Kassenboten einbezogen werden, die schon zur Krankenversicherung und Alters- und Invaliditätsversicherung gehören, also als Lohnarbeiter anerkannt sind. Das ist allen möglichen Führissen ausgeführt, ist kaum zweifelhaft. Ich erinnere z. B. an unsere Reichstags-Voten, welche die Druckfassen auszuweisen haben. Bei Unfällen müßte sie der Reichstag als Behörde schablos halten, wenn sie nicht in die Versicherung hineinbezogen werden. Wir werden dies in der Kommission beantragen.

Die Ausdehnung der Versicherung auf die Seefischerei und die Seefischerei erkennen wir als einen Fortschritt an, aber es muß auch die Binnenfischerei und Binnenfischerei mit einbezogen werden.

Ein Fortschritt ist auch, daß in § 50 nach unserem Antrag von 1890 auch Rente und Unterstützung bezahlt werden soll, wenn der Anspruch auf Krankengeld vor dem Ablauf der 13. Woche wegfällt, aber noch immer eine Erwerbsunfähigkeit vorhanden ist. Es ist ein Mißstand, daß wenn nach 5-6 Wochen das Heilversahren beendet ist, aber Erwerbsunfähigkeit noch vorhanden ist, weder die Krankenkasse noch die Berufsgenossenschaft zahlt. Das für dieses Datum die Berufsgenossenschaft in Höhe des Krankengeldes zahlungspflichtig gemacht wird, ist ein kleiner Fortschritt, der aber nicht weit genug geht. Hier müßte gleich die Rentenzahlung beginnen. Ein weiterer Fortschritt ist in § 6, auch entsprechend einem Antrag von uns. Nämlich wenn eine Rente infolge einer früheren Verunglückung geringer ist, als der vor diesem Unfall bezogene Lohn, so ist die vor diesem Unfall bezogene Rente dem Arbeitsverdienste bis zur Höhe des der früheren Rentensfeststellung zu Grunde gelegenen Arbeitsverdienstes zuzurechnen. Darin ist aber nicht gesagt, ob diese Lohnfestsetzung nur für die Dinterbliebenen eines Getödteten stattfinden soll oder auch für einen wiederholt Verunglückten, der eine zweite oder dritte Rente beziehen muß.

Eine Verbesserung ist auch, daß die Arbeiterbeisitzer direkt gewählt werden sollen. Warum beliebt man aber nicht gleich ein besseres Wahlverfahren? Das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Schiedsgerichte geht nicht nur daraus hervor, daß die Vertreter der Berufsgenossenschaften darin in eigener Sache entscheiden, sondern auch aus der sonderbaren Art, wie die Beisitzer gewählt werden. Und dieses Mißtrauen der Arbeiter richtet sich auch gegen einen Theil ihrer eigenen Klassenangehörigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind zum erheblichen Theil Arbeiter in den Schiedsgerichten, welche zu den allerrückständigsten Elementen unter den Lohnarbeitern gehören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und das liegt an dem antiquirten Wahlverfahren. Nicht die Krankenkassen selbst wählen, sondern deren Vorstände, und nur die Zwangskassen sind wahlberechtigt. Nun sehen Sie sich einmal die Wahlen für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da haben die Arbeitgeber einen übermächtigen Einfluß. Da kommen solche unglückliche Menschenämber, die kann von der Existenz eines solchen Gesetzes eine Ahnung haben, in die Schiedsgerichte und sollen Recht sprechen. Da sitzt der Herr oder ein guter Freund von ihm dabei, vor denen sie eine kolossale Furcht haben, weil sie auf das Pfaster gesetzt zu werden fürchten, wenn sie sich eine andere Meinung erlauben als die Vertreter des Unternehmertums. Den Schiedsgerichten wohnen zwar sogenannte Vorarbeiter, also vorgeleitete Meister bei. Diese Leute erklären sich allerunterthänigst mit allem einverstanden, was ihnen

vorgesagt wird. Das Mißtrauen gegen die Schiedsgerichte ist also berechtigt. Es muß ein Verfahren eingeführt werden, analog demjenigen der Gewerbegerichte, namentlich hinsichtlich des Wahlverfahrens. Wir werden in dieser Richtung bestimmte Anträge stellen.

Wir haben 1893 uns bemüht, eine mögliche Ausdehnung der Arbeiterrechte herbeizuführen. Seitens der ionangebenden Parteien hat man jeden Einfluß der Arbeiter fern zu halten gesucht. Auch das Zentrum ist von diesem Vorwurf nicht frei zu sprechen, und ich möchte die Herren sehr bitten, darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern ein größerer Einfluß bei der Beurtheilung ihrer eigenen Interessen eingeräumt wird. Wünschenswerth ist vor allen Dingen eine größere Beschleunigung des Verfahrens bei Feststellung der Rente. Es sind Fälle vorgekommen, wo eine unrichtige Berufsgenossenschaft angerufen wurde. Es hat Jahre lang gedauert, ehe der Verletzte zu seinem Recht gekommen ist. Der Abg. Engelst hat darauf hingewiesen, daß unter dem Haftpflichtgesetz der Arbeiter jahrelang hat protestiren müssen, ehe er die Rente bekam, was heute nicht mehr der Fall ist. Er muß wohl nicht viel mit diesen Sachen zu thun gehabt haben, sonst würde er wissen, daß auch jetzt noch der Arbeiter lange genug zu warten hat. (Medner greift mehrere solche Fälle aus der großen Zahl heraus.) Die Art und Weise, wie man die Entschädigungen behandelt, ist geradezu ungeheuerlich. Herr Köstke hat es als eine besondere Gerechtigkeit hingestellt, daß unter dem Haftpflichtgesetz die volle Rente $\frac{2}{3}$ des gebahnten Arbeitsverdienstes gewährt werde, während der Arbeiter unter dem Haftpflichtgesetz schlechter behandelt würde. Das ist kein Grund für die Entziehung eines Theils der Rente. Warum soll der Arbeiter dafür büßen, daß der Arbeitgeber durch Außerachtlassung der notwendigen Unfallverhütungsrichtungen den Unfall herbeizuführt hat? Warum soll er nicht die volle Entschädigung erhalten? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was soll es heißen, wenn ein Arbeiter, der mit 18 M. pro Woche seine zahlreiche Familie nothdürftig ernährt, im Falle der vollständigen Erwerbsunfähigkeit nur 12 M. Rente pro Woche erhält, obwohl er sich den Unfall nur durch Schuld des Fabrikanten zugezogen hat? Nennen Sie das Gerechtigkeit, Herr Köstke? Es ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit und den gesunden Menschenverstand, daß der Arbeiter für das Verschulden des Arbeitgebers bestraft werden soll.

Unter dem alten Haftpflicht-Gesetz hat man den Leuten ganz andere Entschädigungen zugebilligt, da war auch der Rentenzähler nicht berechtigt, alle paar Monate oder Wochen wiederzukommen und nachzusehen, ob der betreffende nicht eine kleine Arbeit verrichten könnte, wie es gegenwärtig der Fall ist. Herr Köstke hat gemeint, daß Leute, die eine Theilrente beziehen für theilweise Erwerbsunfähigkeit, mehr Einkommen haben, als vor dem Unfall, weil sie ihren alten Lohn weiter beziehen und dazu die kleine Rente. Es seien 31 Personen dieser Art in seinem eigenen Betriebe vorhanden. Das ist ein Ausnahmefall, der auf die persönliche Anständigkeit des Herrn Köstke zurückzuführen ist. (Widerspruch des Abg. Köstke.) In den Staats-, namentlich den Eisenbahnbetrieben ist es geradezu Prinzip geworden, denjenigen Arbeitern, denen eine kleine Fortbeschäftigung möglich ist, die Theilrente sofort vom Lohn abzuziehen. (Sehr richtig! links.) Nicht die Theilrente von zwei Dritteln des gebahnten Arbeitsverdienstes, sondern die volle Rente des gebahnten Arbeitsverdienstes darf der Arbeiter verlangen.

Man hat in diesen Entwürfen dafür gesorgt, daß der verletzte Arbeiter nur ja keinen Pfennig zu viel bekommt. Herr Köstke hat sich sogar in eine gewisse Entrüstung darüber hingeworfen, daß in einem Artikel des „Vorwärts“ von Spikeln gesprochen worden ist in einem Fall, wo bei den Berliner Elektrizitätswerken der Beamte der Berufsgenossenschaft den verletzten Arbeiter in unerhörter Weise behandelt hatte. Der „Vorwärts“ hat sich nicht gegen die Kontrolle dieses Beamten gewandt, nicht dagegen, daß er sich unterrichtet habe, ob der Verletzte krank oder erwerbsfähig sei, sondern dagegen, daß er ihm eine fingirte Stelle angeboten hat mit der Frage, ob er sich fähig halte, diese Stelle zu bekleiden, um ihn dann als erwerbsfähig zu denunzieren. Das war in der That eine verwerthliche Vothspiegel, und diese ist vom „Vorwärts“ mit recht gebührend markirt worden.

Man hat es seinerzeit als einen Segen des Unfallversicherungsgesetzes bezeichnet, daß es nicht mehr, wie das Haftpflicht-Gesetz, dahin führe, aus dem Unglück des Nebenmenschen Profit zu ziehen. Aber gerade jetzt bemüht man sich, dem Arbeiter eine geradezu unanständig niedrige Rente zu geben und diese noch herabzudrücken, wenn der Verletzte länger kurtirt ist. So ging es z. B. einem Rangierarbeiter. Ihm wurde ein Bein abgehauen, er erhielt die volle Rente. Später war es ihm möglich, sitzend als Scharfmacher und Spiker in einer Fabrik 6-10 M. pro Woche zu verdienen. Wäre diesem Arbeiter der Unfall nicht begegnet, so wäre er jetzt Stationsmeister und erhielte 1404 M. pro Jahr, nun aber erhält er mitsamt der Rente nur 78 oder 80 M. per Monat. Ist es anständig, daß der Kontrollbeamte sich immerfort in der Fabrik erkundigt, ob der Arbeiter 1 oder 2 M. mehr bekommt, um ihm diesen Mehrverdienst zu gunsten der Berufsgenossenschaft abzuziehen?

Den Berufsgenossenschaften muß die Befugniß entzogen werden, alle Augenblicke den Arbeiter zu demüthigen und ihm den Vertrauensarzt auf den Hals zu schieben. Es sind mir Fälle bekannt, wo man auf diese Weise den Arbeitern die Rente allmähig ganz gestrichen hat. Man hat dies damit motivirt, daß man sagte, bei einem solchen Unfälle, wie ihn der Verletzte erlitten, „plagten“ Folgen nach so langer Zeit nicht mehr vorhanden zu sein. In einem Falle hielt der Vertrauensmann eine Geschwulst für einen außerordentlich entwickelten Muskel und den Verletzten für geheilt. Da dieser nicht erwerbsfähig war, kaufte er sich einen Gasthof auf dem Lande; nun wurde er mit seinem Besuch erst recht abgewiesen, denn, so hieß es, wenn er sich einen Gasthof kaufen könne, dann sei es nachgewiesen, daß er vollständig erwerbsfähig sei. Der Vertrauensarzt der Glas-Berufsgenossenschaft in Jülich ließ den verletzten Arbeiter sich gar nicht erst ansprechen. Er beschloß ihn durch die Kleider hindurch und erklärte ihn dann für arbeitsfähig.

Diese Vertrauensärzte unterthügen überhaupt die Berufsgenossenschaften in der Richtung, daß die Arbeiter eine möglichst geringfügige Rente erhalten. Dies ist auch bei ihren Entschäften vor den Schiedsgerichten der Fall, und darum ist eine Revision des Gesetzes erforderlich. Als Vertrauensärzte sollten nur solche Personen aufgestellt werden, mit denen die Vorstände der Krankenkassen einverstanden sind, oder es müßte ein besonderes Institut von Amtsärzten geschaffen werden, nach Analogie der Physici, so daß nicht der erste beste Privatarzt, der sich durch seine Befähigung gegen den Unternehmer eines hübschen Privatpraxis erringen will, als ausschlaggebend herangezogen werden kann. Bei den schiedsgerichtlichen Verhandlungen müßte ein oberärztliches Kollegium gebildet werden, falls ein Widerspruch zwischen den Ansichten der Fachleute, des Verletzten und des Vertrauensarztes besteht. Ich habe in meiner langjährigen Praxis als Berater und Beschwerdeführer in Unfallversicherungssachen noch nicht einen einzigen Fall gehabt, daß eine Berufsgenossenschaft freiwillig den Zustand eines Verletzten als verschlimmert angesehen hat. (Widerspruch des Abg. Köstke.) Herr Köstke hat auch nicht einen Fall in seiner Rede angebrungen vermocht. Der umgekehrte Fall ist dagegen sehr häufig vorgekommen. Ein Vertrauensarzt führte ein durch einen Schlag gegen den Unterleib verursachtes Blasenleiden eines Drehschloßmachers als Altersschwäche zurück, ein halbes Jahr nach dem Unfall!

Recht bezeichnend ist auch die Thätigkeit der medico-mechanischen Heilanstalten, der sog. Rentenquetschen, die schlecht geheilte Knochenbrüche wieder gut machen sollen, damit dem verletzten Arbeiter die Rente verläßt werden kann. Eine der berühmtesten Anstalten dieser Art ist die in Neu-Rahnsdorf bei Berlin. Herr Köstke meinte, nur die Arbeiter hätten eine Abneigung gegen dies Heilverfahren, die Wohlhabenden nicht. Ganz natürlich. Unser Kollege von Wolmar hat sich ja auch in einer solchen Anstalt behandeln lassen unter großen Schmerzen, um seine Beine in Ordnung bringen zu lassen. Es ist aber ein großer Unterschied

zwischen einem Patienten, der eine Anstalt freiwillig und mit dem Vertrauen aussucht, daß er dort wiederhergestellt wird, wenn auch nach langer Zeit und unter erheblichen Kosten, und zwischen Patienten, die dorthin gebracht werden, um gewissermaßen gewaltsam schnell, gut und wie ich hinzufüge, billig geheilt zu werden, und die man nicht als zahlende Patienten ansieht, sondern als Versuchssubjekte, die möglichst schnell als geheilt entlassen werden und an denen die Berufsgenossenschaften dann ihre Abzugsmänder vornehmen. Ein Arbeiter hatte eine Verletzung der Arme erlitten und drei öffentliche Krankenhäuser, darunter ein königliches in Berlin frequentirt, außerdem ist er aber in 3 Jahren noch fünfmal in Neu-Rahnsdorf gewesen. Merkwürdigerweise hat sich, sobald er aus der königlichen Klinik entlassen war, herausgestellt, daß er erwerbsunfähig war und daß man ihm die volle Rente gewähren mußte; und jedesmal, wenn er aus Neu-Rahnsdorf entlassen wurde, hat sich durch die Beobachtung des dortigen Arztes herausgestellt, daß ihm nichts fehle, und so wurde ihm die Rente gestrichen oder gekürzt. Schließlich hat man gegen ihn einen Prozeß eingeleitet, in dem er jedoch freigesprochen wurde, weil sich die Ansicht des behandelnden Arztes in der Rentenquetsche als ungerichtetig herausstellte, daß nämlich der Mann sich absichtlich den Arm verbrannt hätte, um die Unfallrente zu bekommen. Ein anderer Fall ist mir aus Nürnberg mitgetheilt worden. Diese Thatfache veranlaßt uns dazu, in der Kommission zu beantragen, daß die Heilverfahren, die von den Berufsgenossenschaften angeordnet werden dürfen, nur statthaben sollen in einem Krankenhaus, das entweder vom Staate, einem Provinzial-, oder Kommunalverbande geleitet wird, und daß nach der Vollendung des Heilverfahrens in solche Anstalten ein Verletzter nur mit seiner Zustimmung gebracht werden darf, sodas ihm also nicht, wie bisher, wenn er sich weigert, einer solchen Rentenquetsche sich anzuvertrauen, die Rente ganz gestrichen oder wesentlich reduziert werden kann. Die Ärzte an solchen Anstalten stehen auf gleichem Niveau mit den Vertrauens- und Fabrikärzten.

Auf dem vorjährigen Demographen-Kongress in Pest hat ein Wiener Sanitätsrath konstatiert, daß von sämtlichen deutschen Fabrikärzten auch nicht einer sich bereit erklärt hat, einen Vortrag über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zu halten, weil alle befürchteten, mit ihren Brotherrn, den Arbeitgebern, in Konflikt zu kommen. Am besten wäre es, daß eine Reduktion der Rentenfestsetzung überhaupt nur durch Schiedsgerichtsentscheidungen und nicht durch die Versicherungsanstalt selber statfinden könnte. Eine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand ist auch darin nicht einzutreten, daß von dem Lohn über 4 M. nur ein Drittel angerechnet werden darf. Das kann doch höchstens den Zweck haben, auch Leute mit etwas höherem Verdienst auf ein gewisses Niveau der Lebenshaltung herabzudrücken, sobald sie Rentenempfänger werden. Auch die 13wöchige Karenzzeit ist nicht beseitigt.

Wenn die Berufsgenossenschaften, die ja die Krankenslege, die Heilung für sich in Anspruch nehmen, auch verpflichtet sind, von Anfang an die Rente zu bezahlen, dann würde ein großer Theil von Differenzen zwischen den Krankenkassen und Unfall-Berufsgenossenschaften wegsallen. In Bezug auf die Vertretung der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften ist sogar eine direkte Verschlechterung eingetreten; es soll künftighin das Verfahren bei den Schiedsgerichten nicht mehr unter allen Umständen kostenfrei sein, sondern demjenigen Theil, der unberechtigt Ansprüche gestellt hat, die Kosten des schiedsgerichtlichen Verfahrens aufgebürdet werden. Der Unternehmer pflegt jeden Antrag für unberechtigt zu halten. Es ist also zu befürchten, daß auch jeder Antrag auf Erhöhung oder Nichtreduzierung der Rente als unberechtigt angesehen und auch als kostenpflichtig bezeichnet wird. Bei der Zusammensetzung der Schiedsgerichte kann man das schlimmste erwarten.

Eine Verschlechterung ist es auch, daß in Zukunft die Spruchkammern des Versicherungsamtes aus weniger Personen zusammengesetzt werden sollen als jetzt. In der Regel erscheinen jetzt nicht mehr als 3 Richter, während man verlangen kann, daß auch die Schiedsgerichte nur bei 5 Personen urtheilen. Eine Verschlechterung ist es ferner, daß der Anspruch ganz oder theilweise abgelehnt werden kann, wenn die Ehefrau ohne gesetzlich Grund die eheliche Gemeinschaft aufgehoben, vor dem Unfälle ja mindestens einem Jahre von dem Ehemann getrennt gelebt und ohne seine Beihilfe den Unterhalt gefunden hat. Nun soll das Schiedsgericht auch über den ehelichen Streit zu Gericht sitzen. Das kann ja gut werden! Hier wird gewissermaßen eine Strafe dafür angelegt, daß die Frau sich aus eigenen Mitteln fortgebracht hat. Renten und Pensionen waren bis jetzt unpfindbar. Die Rente soll jetzt pfändbar sein. Die Beschwerden der Verletzten gegen Rentenreduktionen müßten von aufhebender Wirkung sein und die Rente dürfte nicht pfändbar sein. Die Beschwerden der Verletzten müßten von aufhebender Wirkung sein, so lange der letzte Spruch nicht gefällt ist. Darum sind wir dagegen, daß dem Reichs-Versicherungsamt ein Theil der Befugnisse genommen wird.

Das Reichs-Versicherungsamt ist als Rekursgericht in den Streitfällen über die Berechnung des Jahres-Arbeitsverdienstes von Bedeutung und es wäre zu bedauern, wenn es nicht mehr als Rekursgericht zu funktionieren hätte. In den Schiedsgerichten haben wir kein Vertrauen, sie dürfen nicht als letzte Instanz gelten. Die Revision genügt nicht. Wir sind auch dagegen, daß ein Theil der anderen, mehr verwaltungsmäßigen Funktionen vom Reichs-Versicherungsamt auf höhere Landesbehörden übertragen werden soll. Das wäre ein Herabdrücken der Stellung des Reichs-Versicherungsamtes. Man sollte den Personalbestand dieses Amtes vermehren, wenn es überlastet ist; das ist überlastet ist, glaube ich gern; auf die Kosten kann es hier nicht ankommen. Viel schlimmer sind die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften, sie sind viel zu hoch.

Es wird mit den sogenannten ehrenamtlichen Verwaltungen gewisser Stellen geradezu Schwindel getrieben. (Zustimmung links.) Wenn man für angebliche Zeitversummung einzelnen Berufsgenossenschaftsvorsitzenden Jahresgehälter von 12, 15 bis 20 000 und noch mehr giebt, so ist das ein großer Mißbrauch des Gesetzes. Wir sind nicht dagegen, daß geprüft wird, ob ein Rentnenempfänger eine entsprechende Stelle erhalten hat, wo er einen theilweisen Erwerb gefunden hat. Es darf aber bei der Beurtheilung der Verletzung nicht nur die Erwerbsfähigkeit, sondern auch die Erwerbsmöglichkeit wohlwollend erwogen werden. Die Bediensteten in den Gefangenenanstalten und auch die Gefangenen selbst werden gegen die Unfälle nicht versichert. Hier ist Arbeit für die Kommission und zwar eine recht eingehende, wenn für die Arbeiter etwas Besseres herauskommen soll.

Ich habe die Versicherungen des Gesetzes freimüthig ausgeprochen. Die schlimmen Dinge im Gesetz überwiegen aber. Wir sind bereit, in eine objektive Berathung dieses Gesetzes einzutreten, da wir wahrscheinlich noch eine ziemliche Zeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft mit solchen Arbeiterversicherungs-Gesetzen zu rechnen haben. Wir wollen verhindern, daß die Arbeiter hier nicht von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Ausbeutern über Ohr gehauen werden. Sollten die Verbesserungen für die Arbeiter abgestampelt sein, so werden wir für diese Änderungen stimmen. Sollte aber der Geist der Berufsgenossenschaften auch bei der Aenderung dieses Gesetzes die Oberhand behalten, so werden wir selbst der Gefahr, uns wiederum dem höchsten Jozn der Herren v. Büttcher, v. Stamm und Genossen auszulassen, und erlauben, gegen das Gesetz zu stimmen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Büttcher: Auf die vom Vorredner vorgebrachten einzelnen Fälle werde ich nicht eingehen, ich meine, diese Dinge gehören in die zweite Lesung, ebenso wie die Besprechung der einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Für die allgemeine Frage bieten mir die Ausführungen des Vorredners nur wenig Aufbeute. An Wohlwollen für die arbeitenden Klassen lassen wir uns von dem Vorredner nicht überbieten. (Sehr richtig! rechts.) Zuruf links: Hamburg, und keine Partei bleibt in diesem Bestreben hinter den Sozialdemokraten zurück. (Zuruf der Sozialdemokraten: Soweit es Herr v. Stamm erlaubt!) Wie verhält es sich mit der Gesamtbelastung der sozialpolitischen Gesetzgebung und mit der Belastung der Arbeitgeber und der Arbeiter? Von 1888-1895 sind an

Krankengeld und Rentenentschädigung gewährt worden mehr als 1243 Millionen, die Arbeitgeber haben 999 1/4 Millionen, die Arbeiter 887 1/4 Millionen gezahlt. Es handelt sich um gesetzliche Leistungen, kein Arbeitgeber räumt sich dessen. (Zwischenrufe der Sozialdemokraten; Vizepräsident Schmidt bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Der Redner hat zur Diskreditierung der Arbeitgeber auf die Rentenentschädigung verwiesen. Nach meinen Wahrnehmungen und nach denen des Reichs-Vericherungsamtes haben die Berufsgenossenschaften vollständig ihre Pflicht erfüllt und gedeihliche Ergebnisse erzielt. Deshalb sind die verbündeten Regierungen dem Gedanken nicht gefolgt, die Berufsgenossenschaften aufzuheben. Auch gegen die Rentenentschädigung ist nach keiner Richtung hin eine begründete Beschwerde zu erheben. Die Klagen gegen die neue Mahndorfer Anstalt haben Veranlassung gegeben, die Sache zu untersuchen. Ich weiß, daß es den Arbeitern oft unbehagen ist, sich der harten Kur zu unterziehen. Aber die Anstalten wirken segensreich, und die Klagen sind zum großen Teil auf eine frivole Auffassung der Patienten zurückzuführen. Bei unvernünftiger Revision wurden alle Einrichtungen in bester Ordnung vorgefunden, die Patienten erklärten sich zufriedenstellend und nachher bitten die Leute, welche diese zufriedenstellenden Antworten gegeben haben, um Schutz gegen ihre eigenen Kollegen. Engel sind Ihre (zu den Sozialdemokraten gewendet) Leute auch nicht! (Große Heiterkeit!)

Die Berufsgenossenschaften seien keine Wohlthat für die Arbeiter, sondern eine gesetzliche Versicherung der Unternehmer, meinte der Redner. Die Versicherung gegen die Schäden, für welche die Unternehmer aufzukommen haben, hätte man kürzer und einfacher erreichen können. Wenn Sie vergleichen, was früher im Wege der Haftpflicht-Prozesse mit Noth und Mühe erreicht werden konnte, und was jetzt erreicht wird, so ist kein Zweifel, daß die Gesetzgebung erst für den Arbeiter gesicherte und würdige Zustände geschaffen hat. (Sehr richtig!) Auch vom sozialdemokratischen Standpunkte hätte man für diese Gesetze stimmen müssen, da sie den Arbeiter besser stellen als vordem. Diese Besserung, auch wenn sie unzureichend war, hätten die Sozialdemokraten als Freunde der Verbesserung der Lage der Arbeiter annehmen müssen. Die Schiedsgerichte werden aber wegen ihrer Tüchtigkeit und ihrer sachlichen Behandlung gelobt und es wird hervorgehoben, daß sie das Vertrauen gefunden haben.

Der Abg. Köpcke hat gemeint, daß zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichs-Vericherungsamt nicht alles in Ordnung sein müsse, ich habe dazu zu erklären: Mir ist von Kollisionen nichts bekannt; und das halte ich für etwas Natürliches gegenüber einer Entwicklungsperiode, wie sie das Reichs-Vericherungsamt durchgemacht hat, das Rechnungswesen der beiden Ämter ist rüchlich der Stellung, welche sie beide gegen einander einzunehmen hätten. Alles, was darüber hinausgeht, gehört ins Gebiet der Reden. Ein Organismus, der neu ist in bezug auf die Abgrenzung der Thätigkeit, der gestellt ist vor eine schwierige Aufgabe, der für eine neue Rechtsprechung einen neuen Boden schaffen muß, kommt bei seiner Einrichtung und Ausgestaltung auf Zweifel und Schwierigkeiten. Ich habe von jeder die Stellung eingenommen, daß man einer solchen Behörde, zumal wenn sie unter die Leitung eines vertrauenswürdigen Mannes gestellt ist, freien Spielraum lassen müsse, daß man nur dann eingreifen habe, wenn ein Uebergriff in andere Zweige und Interessen des Staatsorganismus stattfindet. Ich habe noch niemals ex officio in die Thätigkeit des Reichs-Vericherungsamtes eingegriffen, auch nicht in die Sachen, die zur Zuständigkeit des Reichsamtes des Innern gehören. Ich habe nur die Beschwerde registriert. So erklärt die Zweifel in der ersten Zeit der Ausgestaltung waren, so haben sie aufgehört, erklärt zu sein, und sind auch, so viel ich weiß, durchaus verschwunden, seitdem in dieser Beziehung eine Entscheidung des Reichsanzlegers vorliegt, die ich provoziert habe; am 4. März 1898 befragt der Erlaß des Reichsanzlegers, daß dem Staatssekretär des Innern nicht nur eine Ueberwachung des Geschäftsganges, sondern auch eine sachliche Einwirkung auf die Geschäftsführung des Reichs-Vericherungsamtes zusteht. Die entgegengegesetzte Auffassung würde mit der dem Reichsanzleger verfassungsmäßig obliegenden Verantwortlichkeit nicht vereinbar sein.

Die ersten Schritte zur Korrektur der Unfallversicherung haben schon 1885 angefangen wegen der Ausdehnung auf das Handwerk. Damals lebte das Reichs-Vericherungsamt die Ausdehnung noch als unweckmäßig ab. 1887 kommt eine neue Anfrage, und das Reichs-Vericherungsamt erklärte sich darauf für eine Ausdehnung auf das Handwerk und die Hausindustrie. 1890 ist ein neuer Bericht erforderlich über die Nothwendigkeit einer Aenderung der Unfallversicherung. Das Amt berichtet im Herbst 1890 nach Befragung der Berufsgenossenschaften, daß die Ausdehnung auf Handwerk und Handel erforderlich sei. Also über die Ausdehnung des Reichs-Vericherungsamtes bezüglich der Reformbedürftigkeit der Gesetze sind wir keinen Augenblick im Zweifel gewesen. Ein Entwurf wurde damals ausgearbeitet, aber es wurde ihm weiter keine Folge gegeben; es wurden Grundzüge ausgearbeitet, und 1892 fand zwischen den beiden Ministern eine Konferenz statt, auf deren Ergebnissen die Vorlage von 1894 beruht. Man hat davon gesprochen, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf die Stellung des Reichs-Vericherungsamtes herabdrücken sollte. Davon kann aber gar keine Rede sein. Das Reichs-Vericherungsamt ist eine überaus befähigte Behörde. Die Spruchthätigkeit hat eine Ausdehnung gefunden, von der wir uns damals keine Vorstellung gemacht haben. Das Reichs-Vericherungsamt erkennt selbst ein Bedürfnis der Entlastung an. Die erstauische Vermehrung der Rekluse hat zur Beschränkung derselben geführt, indem an die Stelle des Rekurses die Revision gesetzt wurde. Die Revision hat sich eingelebt und hat ihre Freunde im Reichs-Vericherungsamt gefunden. Sachliche Bedenken werden nicht häufig aufkommen können, weil nach der Zusammenfassung der Schiedsgerichte und des Reichs-Vericherungsamtes ein Mißtrauen der Arbeiter nicht obwalten kann, da ihre Vertreter in den Schiedsgerichten ebenfalls vertreten sind. In allen wichtigen Fällen, wo es sich um Aufstellung neuer Rechtsätze oder um Abweichung von einem alten Rechtsatz handelt, soll eine stärker besetzte Spruchkammer entscheiden. Die Kostenfreiheit der Verhandlungen vor dem Schiedsgerichte und dem Reichs-Vericherungsamt soll konvertiert werden; aber es mußte ein Kiegel vorgeschoben werden gegenüber frivolon Anträgen, von denen der Antragsteller wissen mußte, daß sie erfolglos sein müssen. Diefelbe Bestimmung gilt für die Unfallversicherung. Wenn alle Parteien mit arbeiten wollen, so zweifle ich nicht, daß wir zu einem guten Ende kommen werden, namentlich, wenn wir uns gegenwärtig halten, daß die Unfallversicherung ein Werk von nationaler Bedeutung ist, dienend zum Frieden und zum Wohle des Volkes. (Beifall.)

Abg. Dige (Z.): Die Wohlthaten der Unfallversicherung werden vom ganzen Volk anerkannt, und die Sozialdemokraten selbst erkennen das an, denn sie haben ihre ablehnende Abstimmung zu erklären versucht. Die Sozialdemokraten verlangen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, die Hausindustrie u. s. w., also muß die Vorlage doch etwas Gutes enthalten. Für die Unfallversicherung ist manches geschehen; wenn es auch nicht viel ist, so muß man doch dafür dankbar sein. Daß eigentlich die Arbeitgeber versichert sind, ist auch ein Fortschritt, denn dadurch sind die verblühten Haftpflichtprozesse verschwunden. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk und Handel würde ich gern sehen; aber ich muß den verbündeten Regierungen beitreten, die Kosten der Organisation würden außer Verhältnis stehen zu den sachlichen Leistungen. Das zeigt schon die Schornsteinfeger-Berufsgenossenschaft und einige andere Genossenschaften, die vorzugsweise kleine Betriebe umfassen. Die Sache ist auch nicht mehr so dringend, seitdem wir die Invalidenversicherung haben. Deshalb bin ich für die zweckmäßige Abwendung der Unfallversicherung, welche die Regierungsvorlage bringt.

Die Stellung der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften ist noch nicht genügend gewahrt, sie könnte verbessert werden. Die Beiträge der Arbeitgeber sind Theile des Arbeitslohnes, sie stellen die Risikoprämie dar. Die Arbeitgeber und die Arbeiter sind gleichberechtigt bei der Unfalluntersuchung, bei den Unfall-

verhütungsvorschriften, bei den Krankentassen und bei den Schiedsgerichten, sowie beim Reichs-Vericherungsamt. Bei der ersten Feststellung sollten die Arbeiter mitwirken und die Berufsgenossenschaften sollten nicht selbständig Befehle treffen können, wodurch die Arbeiter an die Schiedsgerichte zu gehen gezwungen sind. Darin erblicken die Berufsgenossenschaften wiederum ein Mißtrauen. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der ärztlichen Behandlung und bei den Heilanstalten sollte ebenfalls eingeführt werden. Die Arbeiter lassen nicht gern über sich verfügen von den Persönlichkeiten der Berufsgenossenschaften, wenn auch z. B. bei dem Mißtrauen gegen die Krankentassen manches Vorurtheil mitwirkt. Daß die Wiederherstellung der Arbeitskraft besser ist als eine Rente, haben die Sozialdemokraten oft genug selbst betont. Mißtrauen sollten die Arbeiter auch bei der Herabsetzung der Renten, wobei die Berufsgenossenschaften oft willkürlich verfahren. Die festgesetzte Rente sollte unverändert bleiben, bis die Berufsgenossenschaft ihrerseits die Klage beim Schiedsgericht durchbringt. Die Gewährung einer Rente von 2/3 des Lohnes an Stelle dessen, was durch den Haftpflichtprozess erzielt werden konnte, ist ein großer Fortschritt; aber ich möchte doch anheimgeben, ob man nicht die Rente auf 1/2 erhöhen und überhaupt das Unfall-Vericherungsamt etwas ausbauen könnte. Allerdings beziehen Arbeiter manchmal nach Bewilligung einer Rente ihren alten Lohn weiter; aber das sind Ausnahmen, günstige Fälle; vielfach aber müssen die Leute erst überhaupt eine neue Arbeit suchen und finden sie nicht immer zu dem entsprechenden Lohne. 90 pCt. der Zahl der Unfälle fallen den Krankentassen zur Last, aber die schweren Unfälle mit dauernder Erwerbsunfähigkeit fallen den Berufsgenossenschaften zur Last, und dem Geldebetrage nach werden diese 85 pCt. ausmachen, während die Krankentassen 15 pCt. tragen. Von der 5. bis zur 13. Woche trägt der Arbeitgeber gewisse Lasten; die Vorlage will diese Kosten der Berufsgenossenschaft auferlegen. Das ist nicht durchführbar bei der Schwerfälligkeit der berufsgenossenschaftlichen Organisation, die sich z. B. über ganz Deutschland erstreckt. Mit solchen kleinen Fällen sollte man die Berufsgenossenschaft nicht belasten. Redner erklärt sich gegen jede Einschränkung des Rekursrechts. Es handelt sich hier um eine wohlthätig wirkende Gesetzgebung, da sollte man nicht kleinlich verfahren und dem Arbeiter jeden Schutz gewähren.

Daß die See-Berufsgenossenschaft aus der Invalidenversicherung ausscheiden kann, begrüße ich mit Freuden. Es sollte Vorfrage dafür getroffen werden, daß die Berufsgenossenschaften, die es beantragen, ebenfalls ausscheiden können aus der Invalidenversicherung, namentlich wenn sie auch Witwen- und Waisengelder gewähren wollen. Die Berufsgenossenschaften sollten das Recht erhalten, die Arbeitszeit zu regeln, die Arbeitslosen-Versicherung zu übernehmen, das Lehrlingswesen zu ordnen u. s. w. Auf diesem Gebiete sind die Aufgaben der Berufsgenossenschaften noch nicht abgeschlossen. Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Verbalich bemerkt der Abg. v. Stumm (H.): Als Herr v. Bötticher von der Fürsorge der Arbeiter sprach, rief der Abg. Stadthagen dazwischen: „Soweit es Herr v. Stumm erlaubt“. Ich muß bemerken, daß, soweit es um meine Erlaubnis ankommt, diese Fürsorge einen sehr weiten Raum einnehmen kann. Denn eines der Haupterfordernisse, das ich schon im Jahre 1869 und 1878 wieder verlangt habe, ist bis heute noch nicht erfüllt: ich meine die Witwen- und Waisenerhaltung, und wenn Herr Stadthagen nun den Antrag stellen will, daß dieses Postulat, das wichtiger ist und mehr Geld kostet, als das, was Herr Grilkenberger verlangt hat, erfüllt wird, so gebe ich ihm schon heute meine Erlaubnis hierzu. (Beifall rechts.)

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung der Novelle zu den Unfall-Vericherungs-gesetzen. Wahlprüfungen und erste Beratung der Konvertirungs-vorlage.)

Partei-Nachrichten.

Liebkecht hat am Sonntag Berlin verlassen, um einer Einladung der holländischen Parteigenossen folgend, eine Agitationstour durch die niederländischen Universitätsstädte anzutreten. Das Organ der holländischen Sozialdemokratie „De Sociaal-democratische“, begrüßt unsere freien Genossen in zwei warmherzig geschriebenen Artikeln. Der Nummer ist noch das Porträt Liebkechts beigelegt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Einem der vielen Opfer des Septemberurtheils, Genosse Baumüller, Redakteur an der „Magdeburger Volksstimme“, ist am 23. Januar wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ein Monate lang hat er im Gefängnis zu Gemüthen schmachten müssen. Es war eine schlimme Zeit für die „Volksstimme“, jener September 1895. Vier Tage lang hintereinander, vom 5. bis 9. September, wurde die „Volksstimme“ wegen Beleidigung des Kaisers konfiszirt. Baumüller sofort verhaftet und schließlich zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt, wovon 1 Monat Untersuchungshaft in Anrechnung kam. Nun, die Partei hat wie überall so auch in Magdeburg jenen Septembersturm überstanden. Genosse Baumüller aber hat durch die lange Haft Schaden erlitten. Der Verlag der „Volksstimme“ gab ihm bis 1. März Urlaub, um sich zu erholen. Möge das dem wackeren Kämpfer bald und vollständig gelingen!

— In Erfurt ist Genosse Coors, verantwortlicher Redakteur der „Thüringer Tribüne“, wegen groben Unfugs zu einer Woche Haft verurtheilt worden, weil er mitgetheilt hatte, daß das Arbeiterpersonal der Schufabrik von Karl Dietrich in Pögnitz i. S. sich seit 5 Wochen im Aufstande befindet. Hieran schloß sich das Ersuchen an die Kollegen, auf der Wacht zu sein, um nicht den Fabrikanten schließlich zum Siege zu verhelfen. In diesen wenigen Zeilen soll der grobe Unfug liegen. Mit Recht bemerkt hierzu das „Volksblatt für Gotha“: Wenn in solchen, eigentlich ganz selbstverständlichen Mittheilungen über einen Aufstand schon grober Unfug gefunden wird, dann streiche man doch lieber gleich den § 152 der Gewerbe-Ordnung, der das Vereinigungsrecht der Arbeiter gewährleisten soll.

— Abermals sechs Wochen Haft, die höchste Strafe für „groben Unfug“, wurden in Halle a. S. einem Genossen für die Herausgabe eines Boykottungsblattes indultirt. Diesmal handelte es sich um den Genossen Lepig, der das betreffende Flugblatt als Berleger bezeichnet hat. Wird jetzt in Halle a. S. jeder grobe Unfug mit der Maximalstrafe geahndet, oder gilt das nur für boykottirende Sozialdemokraten?

— Wegen Beleidigung eines Vorarbeiters am Veefener Wasserwerk wurde der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksblatts für Halle“, Genosse Weismann, zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Klage war natürlich in „öffentlichen Interesse“, also von der Staatsanwaltschaft erhoben.

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelber sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Zimmermann u. Buchloh in Berlin dauert unverändert fort. Zug ist strengstens fernzuhalten.

Achtung, Mechaniker und Uhrmacher! Bei der Fahrpreisangelegenheit der Gesellschaft haben sämtliche Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zug ist strengstens fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Auf die Erklärung des Vambudmöbelabrikanten Herrn Koesemann in Berlin, Bödenstr. 10a, die in der letzten Freitagnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, wird in einer uns zugegangenen Mittheilung des Vorstandes des Verbandes der in der Korbmacherei beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend u. a. erwidert, daß die von Herrn Koesemann entlassenen (zwei) Arbeiter

keineswegs in der Werkstatt an der betreffenden Erfindung gearbeitet hätten; sie hätten überhaupt noch nicht daran gearbeitet, sondern nur Zeichnungen entworfen und zwar in ihrer Wohnung; der dritte Arbeiter wisse heute noch nicht, weshalb er entlassen worden ist. Was die von Herrn Koesemann erwähnten Unregelmäßigkeiten betrifft, so läßt die betreffenden zwei Arbeiter, nicht nur einer sei davon betroffen, der von Herrn Koesemann gegen sie gemachten Anzeige ruhig entgegen. Uebrigens habe Herr Koesemann nicht drei, sondern sechs Arbeiter wegen der Erfindung entlassen; drei davon habe er aber am andern Tage, als er sich die Sache besser überlegt hatte, wieder eingestellt. Die Anzeige gegen die beiden Arbeiter habe Herr Koesemann auf die Angaben seines achtjährigen Sohnes hin gemacht.

Aus Weiskensfeld wird uns geschrieben: Im Stand des Schuhamacherstreiks ist keine Veränderung eingetreten. Am Montag lief die 14tägige Kündigungsfrist für diejenigen Arbeiter ab, die nicht in den Streik eingetreten sind. In Konsequenz ihrer Resolution müßten die Fabrikanten nun auch diese aufsperrn, was sie aber wahrscheinlich nicht thun werden. Angesichts des schroffen Auftretens der Fabrikanten wollen die Arbeiter nur dann mit den Herren wieder verhandeln, falls die Aufforderung an sie ergeht. Was die geforderten Löhne für Arbeiter anlangt, so werden solche von einigen Fabriken bereits gezahlt; außerdem sind diese Löhne schon 1890 gezahlt worden, sie wurden nur von Jahr zu Jahr heruntergedrückt. Das einmüthige Zusammenhalten der Ausständigen, die Ruhe und Besonnenheit, wie sie den Kampf führen, bildet einen wohlthuenden Gegenlag zu dem Auftreten der Fabrikanten. Zug von außerhalb ist aufs strengste fernzuhalten.

Von anderer Seite wird uns berichtet: Die Streikkommission des Dirsch-Dunder'schen Gewerkschafts hielt eine Sitzung mit den Fabrikanten ab, ohne daß die öffentlich gewählte General-Streikkommission offiziell von den Fabrikanten dazu eingeladen war. Die Verhandlungen sind deshalb resultatlos verlaufen. Der Vorsitzende der Gewerkschafts-Streikkommission, Schuhmacher G. Gule, sucht, ohne einen Auftrag seiner Mitglieder zu haben, die allgemeinen Forderungen dadurch zu durchbrechen, daß er die Fabrikanten für die Bewilligung einer Lohnzulage von 10 pCt. zu bestimmen sucht, womit angeblich die Gewerkschaftler sich einverstanden erklären würden. Wegen dieser Quertreibereien wird eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschafts-Streikkommission, der öffentlich gewählten General-Streikkommission und der Lohnkommission des Fachvereins abgehalten.

Der Weberstreik in Tannhausen in Schlesien dauert unverändert fort. Eine Volksversammlung in Blumenau, wo Reichstags-Abgeordneter Kühn zu Langenbielau sprach, beschäftigte sich mit der Sache. Genosse Kühn machte die Weber auf den Ernst der Situation in eindringlicher Weise aufmerksam. Die Streikenden, unter denen, wie man uns schreibt, Wochenlöhne von 2,80-3 M. an der Tagesordnung sind, beharren aber auf ihrem Beschlusse, den Ausstand fortzusetzen. Diejenigen der Arbeiter, die noch ein Scherflein für diese ärmeren der Armen erbringen können, werden dringend ersucht, die Kämpfenden zu unterstützen, damit sie nicht unterliegen. Doppelt hilft, wer schnell giebt! Briefe etc. sind zu richten an Hermann Klingberg in Niederwülfersdorf, Kreis Waldenburg in Schlesien.

In Bochum stellte am Sonntag früh das Fahrpersonal der Elektrischen Straßenbahn die Arbeit ein, weil seine Forderungen nicht bewilligt worden waren. Der Betrieb ruhte bis Mittag gänzlich und konnte am Nachmittag nur zum Theil wieder aufgenommen werden. Wie eine Volkliche Depesche vom Montag meldet, gab schließlich die Direktion nach. Die Forderungen des Fahrpersonals sind im wesentlichen bewilligt und insolge dessen ist der Streik beendet.

Ueber den Ausstand der Klavierarbeiter der Fabrik von Gehr. Vergina in Schwerin wird uns geschrieben: Nachdem die Arbeiter durch 12 tägiges Aussetzen der Arbeit ihr Mittel erschöpft worden waren, begann die Fabrikleitung am 5. Januar mit einer Reduktion der Akkordpreise, die aber noch durch einmüthigen Zusammenhalt aller Arbeiter abgewandt wurde. Am 19. Januar sollte die Reduktion jedoch endgültig vorgenommen werden. Nach viermaliger nutzlos verlaufener Unterhandlung wurde deshalb am 20. Januar die Arbeit niedergelegt. Sämmtliche Arbeiter, 87 an der Zahl, sind Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Sie sind entschlossen, den Kampf durchzuführen, trotzdem die meisten von ihnen Familienväter sind. Die Zahl ihrer Kinder beträgt 107. Zug von Klavierarbeitern ist fernzuhalten. Briefe und Sendungen sind zu richten an die Lokalverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Schwerin. J. A.: A. Knöchel, Bevollmächtigter, Seestr. 2, II.

Die Zimmerer in Mainz beschloßen, den Unternehmern folgende Forderungen unterbreiten zu lassen: Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit, im Winter nicht unter acht Stunden; Erhöhung des Stundenlohnes insoweit, daß die Gehälter, welche jetzt 33-35 Pf. betragen, 42 Pf. und die, welche 30-33 Pf. betragen, 38 Pf. erhalten; für Junggefelln im ersten Jahre 30 Pf. Mindestlohn, für Partiere einen Mindestlohn von 50 Pf. pro Stunde; für Sonntags- und Nachtarbeit sowie für Arbeit auf dem Wasser wird eine Zulage von 15 Pf. pro Stunde, für Ueberarbeit eine solche von 10 Pf. verlangt. Akkordarbeit soll gänzlich unterbleiben und die Lohnzahlung wöchentlich erfolgen. Diese Forderungen sollen vom 1. April ab Geltung haben.

Die schweizerischen Zimmerer-Fachvereine haben auf einem Delegirtenkongress die Gründung eines auf dem Vertrauensmänner-System beruhenden Central-Verbandes beschloßen. Auf dem Delegirtenkongress waren die Vereine von Basel, Bern, St. Gallen, Genf, Lausanne, Luzern, Thun und Zürich vertreten.

Ueber die Entwicklung der belgischen Metallarbeiter-Organisation veröffentlicht „Le Peuple“ einen längeren Artikel, dem wir folgende interessante Einzelheiten entnehmen: Im Jahre 1896, dem Jahre der großen Streiks der Bergleute und der Glasarbeiter, wodurch die ganze belgische Arbeiterschaft in Bewegung gesetzt wurde, begründeten auch die Metallarbeiter ihren Verband, dem damals nur 3 Gruppen (Lokalvereine) beitraten. Der vorjährige Kongress in Gilly vereinigte bereits 19 Gruppen; seitdem sind eine so große Zahl anderer Lokalvereine dem Zentralverbande beigetreten — darunter eine Vereinigung mit etwa 1500 Mitgliedern —, daß die jetzige Mitgliederzahl gegen das Vorjahr mehr als doppelt so groß sein dürfte. In einigen Monaten soll der 12. Kongress abgehalten werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 25. Januar. (B. T. B.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Freiherrn v. Erhardt und Genossen, welche am 20. Oktober v. J. von der Strafkammer in Düsseldorf wegen Beleidigung bzw. Herausforderung zum Zweikampfe bzw. Körperverletzung verurtheilt worden sind.

Braunschweig, 25. Januar. (B. T. B.) Bei der heutigen Stadtverordneten-Stichwahl in der dritten Klasse unterlagen die Sozialdemokraten wiederum, sodas sie endgültig nur noch einen Sitz im Kollegium haben.

Budapest, 25. Januar. (B. T. B.) Hochwasser hat in Südungarn bedeutenden Schaden angerichtet.

Paris, 25. Januar. (B. T. B.) Die Deputirtenkammer seht die Verathung des Zuckersteuer-Gesetzentwurfs fort. Goblet bekämpft den Gegenentwurf Jaurès' betreffend die Monopolisirung der Zuckerfabrikation und fährt an, der Staat dürfe sich in Lohnfragen und in die Beziehungen der Industrie zum Handel nicht mischen. Redner äußert sich tadelnd darüber, daß die Regierung die Koalition der Raffineure und die Spekulation dulde. Ministerpräsident Reine erwidert, das Gesetz von 1861 lasse es nicht zu, gegen Operationen dieser Art einzuschreiten, der Kammer liege aber ein Gesetzentwurf vor, welcher bestimmt sei, diese Lücke der Gesetzgebung auszufüllen. Der Gegenentwurf Jaurès' wird hierauf mit 489 gegen 82 Stimmen abgelehnt.

Der starke Schneefall der letzten Tage hat das Straßenleben Berlins namentlich am Sonntag zuweilen recht arg gelähmt. Obgleich Arbeiterkräfte, wie immer im Winter, überreichlich zur Verfügung standen — hatten sich doch schon morgens um 4 Uhr obdachlose Leute, die in bürgerlichen Blättern zuweilen als arbeitslos bezeichnet werden, vor den städtischen Depots eingefunden —, obgleich also willige Hände genug zu haben waren, so liest es doch schwere Mühe, dem Wagenverkehr auch nur einigermaßen freie Bahn zu schaffen. Es lag dies zum Teil natürlich an dem gar zu argen Regen von oben, insbesondere aber daran, daß anscheinend immer noch keine Einrichtungen möglich sind, um den Schnee, der mühselig in kleinen Fuhren fortgeschafft wird, schnell zu transportieren. Die berühmte Pferdebahn mußte drei Pferde vor ihre Wagen spannen und den Betrieb entsprechend verringern. Bedeutend schwieriger wurde den Omnibussen das Fortkommen im Schnee. Es soll eine sonderbare Polizeiverfügung bestehen, welche verbietet, daß diese Fuhrwerke mit drei Pferden fahren. Infolge dessen wurden die armen Thiere in einer Weise gequält, als ob sie menschliches Arbeitsmaterial wären, daß bekanntlich bei den Omnibusgesellschaften auch im ärgsten Unwetter für einen Lohn, der nicht entfernt zum Satteffen genügt, Tag für Tag achtzehn Stunden lang ausgehunden wird. Bei den Lastfuhrwerken hatten sich Fahrer und Pferde in gleichem Maße zu quälen. Auch die Droschken lamen entsprechend schwer vorwärts, und wer zu Fuß gehen mußte, konnte es bei der Glätte der Bürgersteige als ein Wunder betrachten, wenn er nicht zu Falle kam.

Genau 30 Köstlichkeiten existieren jetzt in Berlin und da die meisten hiervon Hausbesitzer oder sonst reiche Leute geworden sind, so ist daraus mit Bestimmtheit zu schließen, daß das „Pferdeschlachten“ doch ein ganz einträgliches Gewerbe ist. In der That nimmt auch der Konsum von Köstlichkeiten in Berlin von Jahr zu Jahr zu, dank der fortschreitenden Verelendung immer größerer Volksmassen im kapitalistischen Klassenstaat.

Heber eine deutsch-französische Petition berichtet ein hiesiges Blatt: Infolge eines Wortwechsels, der sich am vorigen Sonntag auf der Journalistentribüne des Pariser Intervallensabotage abspielte, fand am Sonntag ein blutiges Säbelduell unter schweren Bedingungen zwischen dem Bahnarzt und Reserve-Offizier Dr. Chaffel und dem Spitzel-Redakteur des „Neuen Wiener Tageblatt“ Felix Stern statt. Dr. Chaffel, in Paris wohnhaft, erhielt zwei Säbelschläge über den Kopf, die beide schwerer Natur, während der Redakteur Stern nur einen leichteren Schlag über den rechten Arm erhielt. — Redakteur Stern, der aus Süddeutschland gebürtig, trifft nächster Tage hier in Berlin ein: er hatte sich zwecks Studien des Modus vivendi nach Paris begeben und geriet mit Dr. Chaffel wegen einer abfälligen Bemerkung desselben über Stern's Nationalität zusammen, worauf Stern ihm die Forderung zuschickte, welche für Dr. Chaffel einen sehr folgenschweren Ausgang nahm.

In einer eigenartigen Vergiftungsfache sind am Sonntag Abend zwei Personen verhaftet worden. Am Sonnabend Vormittag trafen sich in einem Schanklokal von Krause in der Müllerstraße der Arbeiterführer Oskar Günther aus der Liebenwalderstr. 28, sein Arbeitsmann Blasing und die Kutsher Ernst Georg, Hermann Wendt und Wilhelm Pein, der in der Berlinerstraße 3 zu Reinickendorf in Schlafstelle wohnte. Günther erzählte, daß er auf seinem Wagen eine Flasche seinen Namen liegen habe, den die anderen einmal probieren möchten Blasing, der aus der Flasche schon vorher einen Schluck getrunken, sich aber dabei den Mund verbrannt und den „Nun“ wieder ausgespuht hatte, rief den Leuten ab. Pein ging aber trotzdem hinaus, nahm die Flasche vom Wagen und that daraus einen kräftigen Schluck. Nachmittags wurde Pein auf seiner Arbeitsstelle beim Fuhrherrn Frinke in der Seestr. 28 mißwohl. Er klagte über allgemeine Körperschwäche und hatte Brechreiz, konnte aber zunächst noch seinen Dienst versehen. Am 3 Uhr nachmittags fanden ihn Arbeitsgenossen auf dem Grundboden betümmelt liegen. Pein ist darauf Sonntag Abend um 7 1/4 Uhr in der Wohnung seines Dienstherrn gestorben. Günther und Blasing waren von der Polizei aufgefordert, die Flasche herauszugeben. Sie gaben zunächst an, nicht mehr zu wissen, wo sie geblieben sei, später aber verpönt sich Blasing und man fand nun die Flasche noch im Kasten desselben Wagens liegen, von dem Pein sie zum Trinken genommen hatte. Günther war am Sonnabend Abend spät nach Hause gekommen. Von dem, was vorgefallen war, erzählte er seiner Frau auch im Laufe des gestrigen Tages nichts. Gestern Abend hatte sich die Familie, die im Quergebäude des oben genannten Grundstücks im dritten Stock wohnt, frühzeitig zu Bett begeben. Zum Schrecken der Frau und der drei Kinder erschienen abends um 9 1/4 Uhr zwei Säuglinge vom 57. Hevier und verhafteten Günther aus dem Bette heraus. Auch Blasing wurde noch gestern Abend festgenommen. Die Flasche ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Sie enthält noch die Aufschrift „Jamailo-Nun“. Günther und Blasing behaupten, sie in einem der Herkog'schen Häuser in der Bräderstraße in einem Müllkasten gefunden zu haben. Der Charakter der giftigen Flüssigkeit ist noch nicht festgestellt.

Das plötzliche Verschwinden der Gattin eines Kaufmanns K. am Sonnabend macht in der Oranienburger Vorstadt viel Aufsehen. Das fast gleichaltrige Ehepaar — die Frau zählte 24 Jahre — lebte seit Monaten höchst unglücklich, und wiederholt hatte Frau K. die Absicht ausgesprochen, sich von dem Gatten scheiden zu lassen. Am Donnerstag Abend verließ sie die Wohnung, angeblich um eine kranke Verwandte zu besuchen, kehrte jedoch nicht mehr nach Hause zurück. — Wie Herr K. tags darauf erfuhr, ist sie noch an demselben Abend mit einem beschäftigungslosen Kritiker ins Ausland geflohen und hat das gesamte Baarvermögen des Gatten, das auf ihren Namen bei einer hiesigen Bank deponiert war und 20.000 M. betrug, mit sich genommen. K., der sich dadurch in sehr schwieriger finanzieller Lage befindet, versuchte sich am Sonnabend zu vergiften. Der schwer Erkrankte wurde von Verwandten nach einer Privatklinik geschafft.

In der Unionsbränerlei (Hafenstraße) brach in der Nacht zum Sonntag gegen 11 Uhr ein weithin sichtbares Feuer aus. Das Küchenschiff, ein großer Holzbau, war in Brand geraten. Erst gegen 3 Uhr nachts war alle Gefahr beseitigt. Die Ursachen des Feuers konnten nicht ermittelt werden; der Betrieb hat keine Störungen erlitten.

Ans Furcht vor dem Tode hat am Sonnabend Nachmittag der 26 Jahre alte Handelsmann Gustav Pönte aus der Defanerkraße sich den Hals abzuschneiden versucht. Pönte ist vor Jahren einmal beim Baumfällen schwer verunglückt. Nun unvollständig geheilt, richtete er sich vor sechs Jahren in Groß-Schönebeck im Kreise Niederbarnim ein Wollwarengeschäft ein. Nachdem er drei selbst erbaute Häuser gänzlich verkauft hatte, zog er nach Berlin, wo er seinen Handel fortsetzte. Unter dem Einfluß der früheren Kopfverletzung zeigte sich bei Pönte nach und nach Spuren von Verfolgungswahn. Am Sonnabend Nachmittag, als er mit seiner Frau in der Küche saß, ergriff Pönte plötzlich ein scharfes Messer und brachte sich damit eine kleine Wunde an der rechten Halsseite bei. In ihrer Angst lief nun Frau Pönte um Hilfe laufend zu den Nachbarn. Als man die Küche betrat, lag Pönte in seinem Blute schwimmend am Boden. Er hatte sich inzwischen noch einen großen Schnitt in den Hals beigebracht, indes aber nicht lebensgefährlich verletzt. Bevor man ihn ins Krankenhaus brachte, erklärte er, daß er sich doch noch einmal umbringen werde, da er sich unter keinen Umständen ins Irrenhaus einsperren lasse.

Vor einer Betrügerin wird von der Kriminalpolizei gewarnt. Sie sucht namentlich Schneiderinnen auf, spiegel ihnen vor, auffallend billig Seidenstoffe verschaffen zu können, und entlockt von den Beträugeligen erhebliche Beträge zu dem angeblichen Kauf. Ihrer Begleiterinnen entledigt sie sich dadurch, daß sie in Häuser mit zwei Ausgängen tritt. Die Betrügerin ist Anfang der zwanziger Jahre, groß, hat dunkles Haar und gesunde Gesichtsfarbe, trägt dunklen Hut mit Feder, mitunter ein Akrahan-Cape.

Wem Karten spielen ist am Sonnabend Abend der in der Großen Hamburgerstr. 28 wohnhafte Rentier Volter vom Schläge getroffen worden. Er hatte den Besuch zweier Freunde empfangen,

mit welchen er Stat spielte. W. hatte soeben ein hohes Spiel in den Karten und wollte dasselbe gerade annehmen, als er lautlos zusammenbrach. Ein Gehirnschlag hatte dem Leben des 72jährigen Greises ein Ende gemacht.

Aus den Nachrichten.

Ablershof. Die Arbeiter und Parteigenossen werden ersucht, bis zum 30. Januar die Gemeinbewählerliste wochentags in den Dienststunden von 9 bis 12 Uhr im hiesigen Gemeinde-Bureau einzusehen. Auch den Frauen ist die Einsicht, sofern sich dieselben durch den Steuerzettel legitimieren, gestattet. Außerdem ist aber auch der Vertrauensmann Gustav Tempel, Kronprinzenstr. 6, bereit, die Einsicht zu bewirken. Arbeiter, laßt Euch Gemeinbewahrecht nicht durch Nachlässigkeit verloren gehen! Der Vertrauensmann.

Die Zahl der Stadtverordneten in Charlottenburg soll von 54 auf 66 vermehrt werden.

Sie sind noch keinen Nummer gewohnt. Die Rixdorfer Lehrer nämlich, von welchen der „Volks-Zig.“ folgendes mitgeteilt wird: Für Donnerstag, den 21. d. M., hatte der Rixdorfer Lehrerverband eine Vereinsversammlung im „Deutschen Wirtshaus“ von Kleme angemeldet. Kurz vor Eröffnung der Sitzung erschienen ganz unerwartet zwei Gendarmen, um die Versammlung zu überwachern. Dieselben hatten sich jedoch umsonst bemüht, denn sogleich nach der Eröffnung gelangte ein Antrag, die Sitzung zu schließen und dafür den Geburtstag des Vereinwirtes zu feiern, einstimmig zur Annahme. Die Geburtstagfeier nahm alsdann einen glänzenden Verlauf. Die „Volks-Zig.“ fragt, ob ein derartiges Vorgehen der Polizei wohl dazu beitragen wird, das Ansehen des Ortes zu heben. Die Frage wohl berechtigt sein. Uns will aber scheinen, daß die Rixdorfer Bürgererschaft sich noch niemals gefragt hat, ob die zahllosen Polizeischarren, denen namentlich an diesem Orte die Arbeiter bei der Abhaltung von Versammlungen ausgesetzt sind, das Ansehen des Ortes gehoben haben.

Eine gefährliche Einbrecherbande ist von den Polizei-Organen der Vororte Schöneberg, Friedenau und Steglitz gefolgt worden. Seit mehreren Wochen schon waren besonders die Besitzer von Kolonialwarengeschäften z. B. durch Einbrüche ganz ungewöhnlicher Art demütigt worden. Als und zu waren bei diesen Diebstählen oder bald danach einer der Verbrecher abgefaßt und unschädlich gemacht worden. Trotzdem nahmen die Einbrüche in letzter Zeit eher zu, und man war daher sicher, daß eine vollständig organisierte Bande in den drei Orten haust. Der Polizei ist es endlich am letzten Freitag gelungen, auf einen Schlag vier weiterer Personen haft zu werden, in denen man die gefährlichsten der Bande gefaßt zu haben glaubt. Gleichseitig wurde in Schöneberg das Hehlernest aufgespart.

Die neue Ringbahnstation „Magistraße“ in Schöneberg soll mit Beginn des Sommerfahrplans am 1. Mai dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Damit wird, dank dem berühmten Rüststationen-Tarif, die Ringbahnfahrt wieder für einen großen Bruchteil der Bevölkerung vertheuert werden, wie es zuletzt durch die Errichtung der Station Savignyplatz der Fall war.

Kunst und Wissenschaft.

In der Urania führte Herr Professor Frech aus Breslau die norwegischen Fjorde, das sind die tiefen Einschnitte des Meeres an der Küste, welche der Landschaft ein so eigenartiges Gepräge geben, in einer Reihe von Projektionsbildern vor und erläuterte in einem interessanten Vortrag die Entstehung dieser merkwürdigen Gebilde. Früher hielt man sie wohl für Spalten in der Erde, die durch unbekannte Kräfte entstanden seien; da Erdspalten jedoch die Tendenz haben, sich in irgend einer Weise zu füllen und zu schließen, so kam man von dieser Ansicht bald wieder zurück. Vor 25 bis 30 Jahren versuchte man die Fjorde durch die Wirkung der Gletscher zu erklären, die sie in dem harten Gestein angefräht haben sollten. Die Wirkung der Gletscher ist aber im Innern Norwegens deutlich zu beobachten, und zeigt sich dort ganz anders; die inneren Hochplateaus, die sogenannten Fjelds (spr. Fjelde) stellen gewellte, abgerundete Formen dar.

Betrachtet man das ganze Fjordgebiet, so drängt sich unwillkürlich die Vermuthung auf, daß man hier ein altes Thal- und Flußsystem vor sich hat, das jetzt unter dem Meeresspiegel liegt und mit Seewasser angefüllt ist. Freilich fällt ein solches Thal, wie das des Rheins, sehr gleichmäßig ab, und geht schließlich in eine vollständige Ebene aus, wohingegen in den Fjorden merkwürdige Anhöhe und Abfälle auf einander folgen, und auch ihr Aussehen meist durch eine Art von Barre geschlossen ist. Um diese eigenartige Gestaltung zu erklären, meinte der Vortragende, müsse die mittelbare Wirkung der Gletscher herangezogen werden. Zur Eiszeit sei nicht nur das Innere des Landes vergletschert gewesen, sondern auch das Fjordgebiet sei vollständig vom Eise bedeckt gewesen. Als dann die Gletscher sich zurückzogen, boten die alten Thäler den abfließenden Schmelzwässern einen natürlichen Weg und wurden durch die Wirkung dieser Wasser sehr wesentlich umgestaltet und verändert. Nimmt man nicht eine Eiszeit an, sondern, wie es jetzt meistens geschieht, mehrere Ueberschneidungsperioden, so könne man die einzelnen Eigentümlichkeiten in der Bildung der Fjorde recht wohl erklären.

Mit einem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem rauhen Boden Norwegens und der Bevölkerung schloß der Vortragende seine Darlegungen, denen das zahlreich erschienene Publikum reichen Beifall spendete.

In der Urania, Abtheilung Invalidenstr. wird Herr Dr. Naß am Dienstag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, seinen Vortrag „Die moderne Küche“ mit praktischen Vorführungen halten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Prozeß gegen acht Inhaber von Wettbüreaus bezw. deren Gehilfen, der am Freitag vor der I. Strafkammer des Landgerichts I begann, ist gestern zu Ende geführt worden. Auf die Kreise derjenigen Personen, die gewohnheitsmäßig oder zu Wettzwecken die Rennbahnen von Karlshorst und Döppgarten besuchten, stießen die Verhandlungen eine so große Anziehungskraft aus, daß der Zuhörerraum des großen Schwurgerichtssaales mit „Sachverständigen“ dicht besetzt war. An sich boten die Verhandlungen keine hervorstechend interessanten Momente dar. Der Gerichtshof hatte zu prüfen, ob die Angeklagten die ihnen übertragenen Aufträge für den Totalisator einfach dem Auftrage gemäß als Vermittler erledigt hatten, oder ob sie selbst das Risiko übernahmen, die Einsätze beim Totalisator gar nicht einzahlen, sondern nur nach dem Totalisator-Kurse auszahlen, wenn die Betheuernden Glück gehabt. Im ersteren Falle würde ihre Thätigkeit nicht strafbar sein, im zweiten Falle dagegen die selbständige Veranstaltung von Glücksspielen darstellen. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung der Angeklagten Ehlers, Grüneisen und Schneider, hielt aber bezüglich der übrigen Angeklagten die Schuld für erwiesen und beantragte gegen Otto Förster, Schmeißer Vater und Schmeißer Söhne je einen Monat Gefängnis und 1800 Mark Geldstrafe, gegen Schackerl 14 Tage Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe. — Der Gerichtshof sprach Ehlers, Grüneisen und Schneider frei und verurtheilte Förster und Schmeißer (Vater) zu je zwei Wochen Gefängnis und 1000 bzw. 800 Mark Geldstrafe, Schmeißer Söhne zu je einer Woche Gefängnis und je 300 Mark Geldstrafe. Schackerl dagegen nur wegen Beihilfe zu drei Tagen Gefängnis.

In seinem Polizeiprozeß meldet der „Sozialist“: „Die Verhandlung gegen „Friedrich und Genossen“, die für Mittwoch, den 20. Januar angehängt war, konnte nicht stattfinden, weil ein wichtiger Zeuge erkrankt sei. Für den wichtigen Zeugen können wir nun den Herrn Kommissar Bödel halten. Offenlich gesundet er bald, denn er ist uns Anarchisten für die Beweiserhebung in der Affäre

Machner unentbehrlich. Nunmehr ist Termin für Dienstag, den 2. Februar, angehängt.

In Steffin wurde der Mandat der dortigen Jakobsgemeinde, Bessert, gestern vom Schwurgericht wegen Unterschlagung von 22.000 M. unter Annahme milderer Umstände zu drei Jahren Gefängnis, der Mitangeklagte, Kaufmann Kersten, wegen schwerer Hehlerlei zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Prozeß des Freiherrn v. Lipperheide gegen den Buchhändler Neugebauer. Wie wir am 8. November berichteten, hatte Neugebauer seinen Gegner der Unwahrheit bezichtigt und in der darauf gegen ihn angehängten Beweisaufnahme ein obliegendes Urtheil errungen. Jetzt in zweiter Instanz ist Herr Neugebauer verurtheilt worden, und zwar zu einer Geldbuße von 50 M. und zur Tragung sämtlicher Kosten.

Der Kampf um den polnischen Buchstaben. Ein heftiger Prinzipienstreit war zwischen dem Ortsvorsteher Pribe und seinen vorgehenden Behörden wegen eines — Buchstaben und eines Schriftzeichens ausgebrochen. Pribe stellte sich darauf, daß der Name der Gemeinde, die seiner Obhut anvertraut war, Redzierzyn geschrieben werde, während die vorgehenden der verschiedenen Grade Redzierzyn für richtig erklärten. Der Ortsvorsteher hatte den Namen in der vielgeliebten polnischen Schreibart auf der neuen Ortskarte andringen lassen und weigerte sich hartnäckig, trotz verschiedener Verwarnungen des Landraths und auch entgegen einer Verfügung des Regierungspräsidenten, seine Veränderung in Redzierzyn zu veranlassen. Er glaubte dies um so eher thun zu können, als sich viele Gemeindeglieder mit ihm solidarisch erklärten und versprachen, die eventuellen Strafen zu bezahlen. Diese ließen denn auch nicht lange auf sich warten, bald regneten sie nur so auf ihn herab, und zwar wurden gleich solche von 60 M. angehängt und baldigt festgesetzt. Pribe ging dann auf dem Wege der Klage vor, indem er die Rechtsgiltigkeit der Verfügung des Regierungspräsidenten in Bromberg bestritt. Zum Beweise dafür, daß seine eigene Schreibweise die richtige sei, brief er sich sogar auf einen Breslauer Professor. Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Klage als unzulässig ab. Der erste Senat desselben Gerichts beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung auch noch mit zwei anderen Klagen Pribe's gegen den Regierungspräsidenten in Bromberg. Er hatte seine Orthographie auch in amtlichen Schriftstücken bei Gebrauch des Ortsnamens angewendet und dafür mehrere Ordnungsstrafen erhalten. In seiner Klagebeantwortung machte der Regierungspräsident geltend, daß Pribe mittelbarer Staatsbeamter sei und die Verpflichtung gehabt hätte, den Anordnungen des Landraths und Regierungspräsidenten zu folgen, wonach der Name mit n und ohne Gabel geschrieben werden sollte. Da er dies nicht gethan hätte, wären die Ordnungsstrafen gerechtfertigt. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte in diesen Fällen ebenfalls zu ungunsten des Klägers; es war der Meinung, daß die Klagen unbegründet seien.

Boccaccio vor Gericht. Aus Prag wird berichtet: Der Schriftsteller Boccaccio-Beloff übersehe für eine hiesige Verlagsfirma Boccaccio's „Delamaron“ aus dem Italienischen ins Cechische. Das erste Heft der Uebersetzung wurde von der Staatsanwaltschaft, die in dem Inhalt das Verbrechen der Religionsstörung und die Uebertretung gegen die Sittlichkeit erblickte, beschlagnahmt. Dagegen erhoben sowohl der Uebersetzer als auch die Verlagsfirma die Beschwerde an das Landes- als Strafgericht. Die Einspruchsverhandlung fand gestern statt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft gab folgende Erklärung ab: „Es ist allgemein bekannt, daß Boccaccio's „Delamaron“ fast in sämtlichen Sprachen der Welt getrennt nach dem Original überseht wurde, und nirgends wurde der Inhalt als unzüchtig befunden. Trotzdem glaube ich, daß die Erzählung des betreffenden Heftes („Der Teufel in die Hölle schicken“) den objektiven Thatbestand des Verbrechens der Religionsstörung und der Uebertretung gegen die Sittlichkeit enthält. Da jedoch das Werk Boccaccio's vollends der Literatur angehört, beharre ich nicht auf der Beschlagnahme, und beantrage dem Einsprüche stattzugeben und die Beschlagnahme aufzuheben.“ Nach dieser Erklärung wurde vom Gerichtshof die Beschlagnahme aufgehoben. — Lebte Boccaccio im heutigen Deutschland, so würde er wahrscheinlich nicht aus dem Gefängnis herauskommen — es sei denn, er lerne im Sinne der zur Zeit so sehr beliebten Delandenzliteratur elenderer Sorte wirklich unstilllich schreiben.

Veranstaltungen.

Der Verband der in der Rüstherbräuerie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 18. d. M. seine regelmäßige Monatsversammlung ab, in der Genosse Mehner über die Schule wie sie ist und wie sie sein soll sprach. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Abrechnung vom dritten Quartal vorgelesen. Die Einnahme betrug 155,78 M., die Ausgabe 96,40 M., mithin bleibt ein Bestand von 59,38 M. Die Fragebogen, die eine Uebersicht geben sollten, in welchen Betrieben die Feiertagsarbeit bezahlt wird, haben recht wenig Beachtung gefunden, da von den 815 Fragebogen nur 33 beantwortet wurden.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein nahm am 18. Januar den Bericht des Vorstandes vom verfloffenen Jahre entgegen. Der Kassenbericht schließt in Einnahme mit 798,02 M. und in Ausgabe mit 742,15 M. ab. Die hierauf vollzogene Neuwahl ergab folgendes Resultat: Weisse, erster Vorsitzender; Fräulein Scholz, zweite Vorsitzende; Frau Keller, erste Schriftführerin; Fräulein Troden, zweite Schriftführerin; Krudt, erster Kassierer; Haupt, zweiter Kassierer; Frau Lingner, Fräulein Schmidt und Fräulein Neun, Revisoren; Kasta und Biel, Bibliothekare. Die Rechtschutzkommission bilden Ende, Wilscher, Frau Körner, Frau Kluge und Frau Flatzig.

Die Zimmerer nahmen in der am 20. Januar in den Arminshallen tagenden öffentlichen Versammlung die Abrechnung vom Agitations- und Unterstützungsfonds entgegen. Nach dem Bericht des Kassierers Hoff beträgt die Einnahme vom 20. September bis 31. Dezember 1898 inklusive des alten Bestandes der vorigen Abrechnung 11.679,46 M., die Ausgabe 6.206,09 M. Am 1. Januar 1897 war ein Baarbestand von 5474,43 M. vorhanden.

Die Revisoren beschäftigten die Wichtigkeit der Abrechnung und wurde Johann festgestellt, daß vom vergangenen Jahre noch 10.300 Markten ausstehen. Die alten Markenbestände sollen nunmehr vernichtet werden. Im zweiten Punkt gab der Vertrauensmann Fischer den Geschäftsbericht über das Jahr 1898. Neben ließ sämtliche Vorkommnisse der Reihe nach Revue passieren und kam zum Schluß auch auf den Beschluß der Innung. Und der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, zu sprechen. Nachdem noch in der Nr. 81 der „Baugewerks-Zeitung“ vom 7. Oktober die Behauptung aufgestellt sei, daß für das Baugewerbe eine Verkürzung der Arbeitszeit eine schwere Schädigung bedeute, sei doch die Innung mit dem Anfang dieses Jahres insofern anderer Meinung geworden, als sie angeblich mit Rücksicht auf den weiten Weg zur Arbeitsstelle den Beginn der Arbeitszeit auf 7 Uhr festsetze, die Dauer derselben aber sowie die Höhe des Lohnes der letzten Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlasse. Durch diesen Beschluß hätten die Berliner Zimmerer im wesentlichen das erreicht, was im vergangenen Jahre als unmöglich bezeichnet wurde und weshalb sogar zum Streit gegriffen werden mußte. Die Berliner Zimmerer hatten im Jahre 1898 zusammen eine Einnahme von 35.754,91 M., und zwar wurden für 30.192,72 M. Markten verkauft und durch Teilerfassungen 596,54 M. vereinnahmt, 4.945,65 M. wurden während des Lohnkampfes von anderen Gewerkschaften gezahlt. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 30.200,45 M. und zwar für Streikunterstützung 9658,80 M., an Gemahrgelde 3461,75 M., an Arbeitslohn 8190,80 M., für Abgereichte 336,60 M., an Jahrgeld und für Kontrolle 1165,26 M., an Unterstützung für andere Gewerkschaften 6000 M. Die Messung vertheilt sich auf kleinere Posten. Am 17. März richtete die hiesige Innung eine Eingabe an den Berliner Polizeipräsidenten, in welcher um Schuß

gegen die angeblichen Ausschreitungen der Streikenden gebeten wurde. Dieser Schutz wurde alsdann auch reichlich gewährt, denn es wurden wegen Vergehen gegen § 153 der N.-O.-D. und der §§ 186 und 187 des Strafgesetzbuches, im ganzen 18 Monate 4 Tage Gefängnis und 108 M. Geldstrafe verhängt. Aus der Abrechnung, so führt Heber fort, ergebe sich, daß die Zimmerer im Stande seien, jeden Angriff der Unternehmer zu parieren, da auch beide Organisationen an Stärke zugenommen und namhafte Beiträge anzuweisen haben. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von M. L. H. Weber, D. Müller und Knappert ergänzt und zu reger Agitation für den öffentlichen Fonds aufgefordert. Am Beschlußenden wurde dem Hamburger Hafenarbeiter als vierte Rate 500 M. bewilligt, wenn nicht der Streik bis Freitag beendet ist. Nachdem der Vertrauensmann mitgeteilt, daß bei Weber, Dolmar, 86, S. u. K., Thierstr. 11, und Hugo Lehmann, Putzmannstr. 10, außer den auf dem letzten Flugblatt verzeichneten Personen, ebenfalls Marken zum Agitations- und Unterhaltungsfonds verabreicht werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Formerversammlung, die am Sonntag im Köstner Hof tagte, wählte an Stelle Demig, der sein Amt niedergelegt hatte, den Kollegen Bernick als Stellvertreter des Vertrauensmannes in der Scherer-Kommission der Metallarbeiter. Daraus hielt H. D. Hoffmann einen Vortrag über: „Gesunde und Geübte“. Im Hinblick auf den Schwachen Besuch der Versammlung forderte der Vorsitzende Müller zum Schluß zu lebhafterem Besuche in der Zukunft und zu regerer Teilnahme an der Organisation auf.

Der Kongress der Steinarbeiter in Hof begann am 24. Januar seine Sitzung. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde folgendes Bureau gewählt: Starke, Dresden und Mielke, Raundorf, Vorkühse; Mitschke, Hamburg und Seidel, Runklau, Schriftführer; Schielein, Hof, Führer der Meduzisten. Nach der vorläufigen Feststellung sind 49 Delegierte anwesend. Seitens der Generalkommission nimmt Sabath, Hamburg an den Verhandlungen theil. Thomas, Kitzdorf erstattete nacheinander den Kostenbericht, der eine Einnahme von 37 558,80 M. und eine Ausgabe von 21 148,50 M. aufweist, sodas ein Restbetrag von 16 410,30 M. verbleibt. Die Ausgaben vertheilt sich wie folgt: Verwaltungskosten 1422,85 M., Drucksachen 778,50 M., schriftliche Agitation 427,15 M., mündliche Agitation 4521,87 M., Streikunterstützungen 13 996,80 M. Der Berichterstatter bemerkt, daß die finanziellen Verhältnisse der Organisation sich bedeutend gebessert hätten. Mit der Gründung des Streikfonds sei ein glücklicher Griff gemacht worden, denn es sei nun nicht mehr nöthig, bei jedem kleinen Streik die Werbetrommel zu schlagen. Die Sammlungen für den Streikfonds müßten jedoch besser geregelt werden, namentlich seien die Kollegen besser heranzuziehen, wenn sie in Arbeit ständen. Von den Streiksammlern sind dem Redner einige Hundert à 10 Pf. abgehoben gekommen. Er erläuterte dann die von der Geschäftsleitung gestellten Anträge. Insbesondere wendet er sich gegen einen Antrag aus Dresden, der die Leistung von Beiträgen an die Generalkommission eingestrichelt wissen will. Die an die Generalkommission zu leistende Summe von 1800 M. jährlich soll nach dem Antrag im Interesse der eigenen Organisation verwendet werden. Thomas meinte unter dem lebhaften Beifall der Delegierten, daß man die Solidarität den anderen Gewerkschaften gegenüber nicht verletzen dürfe. Daß sich die Steinarbeiter mit allen Arbeitern solidarisch fühlen, das geht deutlich daraus hervor, daß sie nach besten Können die Gasarbeiter in Hamburg unterstützen. An den Bericht schloß sich eine längere Debatte, die damit endete, daß eine dreigliedrige Revisionskommission gewählt wurde, die unter Zuguhung der beiden Delegierten eine Revision der Rechnungslegung vorzunehmen haben. Der Kongress setzte dann die Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung, Geschäftsbericht, aus, bis die Revisionskommission Bericht erstattet habe. Einzelne Delegierte erstatteten dann Bericht über die Verhältnisse an den Orten, die sie zu vertreten haben. Nach Verlesung der eingelaufenen Begrüßungstelegramme, darunter eines aus Budapest, wurde die erste Sitzung am 25. Uhr geschlossen.

Arbeiter-Bildungslehre. Dienstag Abend von 8-10 Uhr: S. 20. S. 21. S. 22. S. 23. S. 24. S. 25. S. 26. S. 27. S. 28. S. 29. S. 30. S. 31. S. 32. S. 33. S. 34. S. 35. S. 36. S. 37. S. 38. S. 39. S. 40. S. 41. S. 42. S. 43. S. 44. S. 45. S. 46. S. 47. S. 48. S. 49. S. 50. S. 51. S. 52. S. 53. S. 54. S. 55. S. 56. S. 57. S. 58. S. 59. S. 60. S. 61. S. 62. S. 63. S. 64. S. 65. S. 66. S. 67. S. 68. S. 69. S. 70. S. 71. S. 72. S. 73. S. 74. S. 75. S. 76. S. 77. S. 78. S. 79. S. 80. S. 81. S. 82. S. 83. S. 84. S. 85. S. 86. S. 87. S. 88. S. 89. S. 90. S. 91. S. 92. S. 93. S. 94. S. 95. S. 96. S. 97. S. 98. S. 99. S. 100. S. 101. S. 102. S. 103. S. 104. S. 105. S. 106. S. 107. S. 108. S. 109. S. 110. S. 111. S. 112. S. 113. S. 114. S. 115. S. 116. S. 117. S. 118. S. 119. S. 120. S. 121. S. 122. S. 123. S. 124. S. 125. S. 126. S. 127. S. 128. S. 129. S. 130. S. 131. S. 132. S. 133. S. 134. S. 135. S. 136. S. 137. S. 138. S. 139. S. 140. S. 141. S. 142. S. 143. S. 144. S. 145. S. 146. S. 147. S. 148. S. 149. S. 150. S. 151. S. 152. S. 153. S. 154. S. 155. S. 156. S. 157. S. 158. S. 159. S. 160. S. 161. S. 162. S. 163. S. 164. S. 165. S. 166. S. 167. S. 168. S. 169. S. 170. S. 171. S. 172. S. 173. S. 174. S. 175. S. 176. S. 177. S. 178. S. 179. S. 180. S. 181. S. 182. S. 183. S. 184. S. 185. S. 186. S. 187. S. 188. S. 189. S. 190. S. 191. S. 192. S. 193. S. 194. S. 195. S. 196. S. 197. S. 198. S. 199. S. 200. S. 201. S. 202. S. 203. S. 204. S. 205. S. 206. S. 207. S. 208. S. 209. S. 210. S. 211. S. 212. S. 213. S. 214. S. 215. S. 216. S. 217. S. 218. S. 219. S. 220. S. 221. S. 222. S. 223. S. 224. S. 225. S. 226. S. 227. S. 228. S. 229. S. 230. S. 231. S. 232. S. 233. S. 234. S. 235. S. 236. S. 237. S. 238. S. 239. S. 240. S. 241. S. 242. S. 243. S. 244. S. 245. S. 246. S. 247. S. 248. S. 249. S. 250. S. 251. S. 252. S. 253. S. 254. S. 255. S. 256. S. 257. S. 258. S. 259. S. 260. S. 261. S. 262. S. 263. S. 264. S. 265. S. 266. S. 267. S. 268. S. 269. S. 270. S. 271. S. 272. S. 273. S. 274. S. 275. S. 276. S. 277. S. 278. S. 279. S. 280. S. 281. S. 282. S. 283. S. 284. S. 285. S. 286. S. 287. S. 288. S. 289. S. 290. S. 291. S. 292. S. 293. S. 294. S. 295. S. 296. S. 297. S. 298. S. 299. S. 300. S. 301. S. 302. S. 303. S. 304. S. 305. S. 306. S. 307. S. 308. S. 309. S. 310. S. 311. S. 312. S. 313. S. 314. S. 315. S. 316. S. 317. S. 318. S. 319. S. 320. S. 321. S. 322. S. 323. S. 324. S. 325. S. 326. S. 327. S. 328. S. 329. S. 330. S. 331. S. 332. S. 333. S. 334. S. 335. S. 336. S. 337. S. 338. S. 339. S. 340. S. 341. S. 342. S. 343. S. 344. S. 345. S. 346. S. 347. S. 348. S. 349. S. 350. S. 351. S. 352. S. 353. S. 354. S. 355. S. 356. S. 357. S. 358. S. 359. S. 360. S. 361. S. 362. S. 363. S. 364. S. 365. S. 366. S. 367. S. 368. S. 369. S. 370. S. 371. S. 372. S. 373. S. 374. S. 375. S. 376. S. 377. S. 378. S. 379. S. 380. S. 381. S. 382. S. 383. S. 384. S. 385. S. 386. S. 387. S. 388. S. 389. S. 390. S. 391. S. 392. S. 393. S. 394. S. 395. S. 396. S. 397. S. 398. S. 399. S. 400. S. 401. S. 402. S. 403. S. 404. S. 405. S. 406. S. 407. S. 408. S. 409. S. 410. S. 411. S. 412. S. 413. S. 414. S. 415. S. 416. S. 417. S. 418. S. 419. S. 420. S. 421. S. 422. S. 423. S. 424. S. 425. S. 426. S. 427. S. 428. S. 429. S. 430. S. 431. S. 432. S. 433. S. 434. S. 435. S. 436. S. 437. S. 438. S. 439. S. 440. S. 441. S. 442. S. 443. S. 444. S. 445. S. 446. S. 447. S. 448. S. 449. S. 450. S. 451. S. 452. S. 453. S. 454. S. 455. S. 456. S. 457. S. 458. S. 459. S. 460. S. 461. S. 462. S. 463. S. 464. S. 465. S. 466. S. 467. S. 468. S. 469. S. 470. S. 471. S. 472. S. 473. S. 474. S. 475. S. 476. S. 477. S. 478. S. 479. S. 480. S. 481. S. 482. S. 483. S. 484. S. 485. S. 486. S. 487. S. 488. S. 489. S. 490. S. 491. S. 492. S. 493. S. 494. S. 495. S. 496. S. 497. S. 498. S. 499. S. 500. S. 501. S. 502. S. 503. S. 504. S. 505. S. 506. S. 507. S. 508. S. 509. S. 510. S. 511. S. 512. S. 513. S. 514. S. 515. S. 516. S. 517. S. 518. S. 519. S. 520. S. 521. S. 522. S. 523. S. 524. S. 525. S. 526. S. 527. S. 528. S. 529. S. 530. S. 531. S. 532. S. 533. S. 534. S. 535. S. 536. S. 537. S. 538. S. 539. S. 540. S. 541. S. 542. S. 543. S. 544. S. 545. S. 546. S. 547. S. 548. S. 549. S. 550. S. 551. S. 552. S. 553. S. 554. S. 555. S. 556. S. 557. S. 558. S. 559. S. 560. S. 561. S. 562. S. 563. S. 564. S. 565. S. 566. S. 567. S. 568. S. 569. S. 570. S. 571. S. 572. S. 573. S. 574. S. 575. S. 576. S. 577. S. 578. S. 579. S. 580. S. 581. S. 582. S. 583. S. 584. S. 585. S. 586. S. 587. S. 588. S. 589. S. 590. S. 591. S. 592. S. 593. S. 594. S. 595. S. 596. S. 597. S. 598. S. 599. S. 600. S. 601. S. 602. S. 603. S. 604. S. 605. S. 606. S. 607. S. 608. S. 609. S. 610. S. 611. S. 612. S. 613. S. 614. S. 615. S. 616. S. 617. S. 618. S. 619. S. 620. S. 621. S. 622. S. 623. S. 624. S. 625. S. 626. S. 627. S. 628. S. 629. S. 630. S. 631. S. 632. S. 633. S. 634. S. 635. S. 636. S. 637. S. 638. S. 639. S. 640. S. 641. S. 642. S. 643. S. 644. S. 645. S. 646. S. 647. S. 648. S. 649. S. 650. S. 651. S. 652. S. 653. S. 654. S. 655. S. 656. S. 657. S. 658. S. 659. S. 660. S. 661. S. 662. S. 663. S. 664. S. 665. S. 666. S. 667. S. 668. S. 669. S. 670. S. 671. S. 672. S. 673. S. 674. S. 675. S. 676. S. 677. S. 678. S. 679. S. 680. S. 681. S. 682. S. 683. S. 684. S. 685. S. 686. S. 687. S. 688. S. 689. S. 690. S. 691. S. 692. S. 693. S. 694. S. 695. S. 696. S. 697. S. 698. S. 699. S. 700. S. 701. S. 702. S. 703. S. 704. S. 705. S. 706. S. 707. S. 708. S. 709. S. 710. S. 711. S. 712. S. 713. S. 714. S. 715. S. 716. S. 717. S. 718. S. 719. S. 720. S. 721. S. 722. S. 723. S. 724. S. 725. S. 726. S. 727. S. 728. S. 729. S. 730. S. 731. S. 732. S. 733. S. 734. S. 735. S. 736. S. 737. S. 738. S. 739. S. 740. S. 741. S. 742. S. 743. S. 744. S. 745. S. 746. S. 747. S. 748. S. 749. S. 750. S. 751. S. 752. S. 753. S. 754. S. 755. S. 756. S. 757. S. 758. S. 759. S. 760. S. 761. S. 762. S. 763. S. 764. S. 765. S. 766. S. 767. S. 768. S. 769. S. 770. S. 771. S. 772. S. 773. S. 774. S. 775. S. 776. S. 777. S. 778. S. 779. S. 780. S. 781. S. 782. S. 783. S. 784. S. 785. S. 786. S. 787. S. 788. S. 789. S. 790. S. 791. S. 792. S. 793. S. 794. S. 795. S. 796. S. 797. S. 798. S. 799. S. 800. S. 801. S. 802. S. 803. S. 804. S. 805. S. 806. S. 807. S. 808. S. 809. S. 810. S. 811. S. 812. S. 813. S. 814. S. 815. S. 816. S. 817. S. 818. S. 819. S. 820. S. 821. S. 822. S. 823. S. 824. S. 825. S. 826. S. 827. S. 828. S. 829. S. 830. S. 831. S. 832. S. 833. S. 834. S. 835. S. 836. S. 837. S. 838. S. 839. S. 840. S. 841. S. 842. S. 843. S. 844. S. 845. S. 846. S. 847. S. 848. S. 849. S. 850. S. 851. S. 852. S. 853. S. 854. S. 855. S. 856. S. 857. S. 858. S. 859. S. 860. S. 861. S. 862. S. 863. S. 864. S. 865. S. 866. S. 867. S. 868. S. 869. S. 870. S. 871. S. 872. S. 873. S. 874. S. 875. S. 876. S. 877. S. 878. S. 879. S. 880. S. 881. S. 882. S. 883. S. 884. S. 885. S. 886. S. 887. S. 888. S. 889. S. 890. S. 891. S. 892. S. 893. S. 894. S. 895. S. 896. S. 897. S. 898. S. 899. S. 900. S. 901. S. 902. S. 903. S. 904. S. 905. S. 906. S. 907. S. 908. S. 909. S. 910. S. 911. S. 912. S. 913. S. 914. S. 915. S. 916. S. 917. S. 918. S. 919. S. 920. S. 921. S. 922. S. 923. S. 924. S. 925. S. 926. S. 927. S. 928. S. 929. S. 930. S. 931. S. 932. S. 933. S. 934. S. 935. S. 936. S. 937. S. 938. S. 939. S. 940. S. 941. S. 942. S. 943. S. 944. S. 945. S. 946. S. 947. S. 948. S. 949. S. 950. S. 951. S. 952. S. 953. S. 954. S. 955. S. 956. S. 957. S. 958. S. 959. S. 960. S. 961. S. 962. S. 963. S. 964. S. 965. S. 966. S. 967. S. 968. S. 969. S. 970. S. 971. S. 972. S. 973. S. 974. S. 975. S. 976. S. 977. S. 978. S. 979. S. 980. S. 981. S. 982. S. 983. S. 984. S. 985. S. 986. S. 987. S. 988. S. 989. S. 990. S. 991. S. 992. S. 993. S. 994. S. 995. S. 996. S. 997. S. 998. S. 999. S. 1000.

Arbeiter-Bänderbund Berlin und Umgebung. Donnerstag Ab. 8 Uhr. Vorträge: 1. Die Arbeiterbewegung in Berlin. 2. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 3. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 4. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 5. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 6. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 7. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 8. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 9. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 10. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 11. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 12. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 13. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 14. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 15. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 16. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 17. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 18. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 19. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 20. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 21. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 22. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 23. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 24. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 25. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 26. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 27. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 28. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 29. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 30. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 31. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 32. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 33. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 34. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 35. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 36. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 37. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 38. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 39. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 40. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 41. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 42. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 43. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 44. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 45. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 46. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 47. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 48. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 49. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 50. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 51. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 52. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 53. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 54. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 55. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 56. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 57. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 58. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 59. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 60. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 61. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 62. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 63. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 64. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 65. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 66. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 67. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 68. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 69. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 70. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 71. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 72. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 73. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 74. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 75. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 76. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 77. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 78. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 79. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 80. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 81. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 82. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 83. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 84. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 85. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 86. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 87. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 88. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 89. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 90. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 91. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 92. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 93. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 94. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 95. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 96. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 97. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 98. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 99. Die Arbeiterbewegung in der Provinz. 100. Die Arbeiterbewegung in der Provinz.

Gewerkschaftliches.
Das Nürnberger Arbeiterssekretariat. Wir haben sofort nach dem Erscheinen des „Zweiten Jahresberichts“ des Arbeiterssekretariats Nürnberg für das Geschäftsjahr 1896/97 kurz von dieser sehr verdienstvollen Arbeit Notiz genommen, und eine eingehendere Besprechung vorbehalten. Diese eingehende Würdigung verdient die Arbeit des Genossen Segit voll und ganz, und wir sind die letzten, die

den Nürnberger Genossen das Gefühl der Befriedigung über diese hervorragende Organisationsleistung irgendwie schmälern wollen. Freilich ist etwas über das Ziel geschossen, wenn das Nürnberger Arbeiterssekretariat als erste Einrichtung dieser Art im Deutschen Reich bezeichnet wird. Das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, dem ähnliche Aufgaben gestellt sind, wie dem Nürnberger Arbeiterssekretariat, ist älter. Diese Bemerkung veranlaßt uns, mit einigen Worten die Einrichtungen und Leistungen der beiden Ämter zu vergleichen. Das Berliner Gewerkschaftsbureau, das die gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Berlins und zum Theil auch der Vororte zu regeln hat, wird bloß von einem Beamten geleitet, während die Arbeiten des Nürnberger Arbeiterssekretariats von zwei Angestellten versehen werden. Bei Beurtheilung der Leistungen der Berliner Gewerkschaftskommission ist auf die außerordentlich umfangreichen Kassengeschäfte besonders Augenmerk zu lenken. Will der Zeit ist unser hiesiges Bureau zu einer Zentral-Sammelstelle für fast alle größeren deutschen Streiks geworden. Geldsendungen aus allen Theilen des Reichs und auch aus dem Ausland kommen in großer Zahl fast täglich an das Berliner Gewerkschaftsbureau. Wir erinnern nur an die Sammlungen zu Gunsten der Kottbuser Textilarbeiter und der Hamburger Hafenarbeiter. Welche große Dienste das Berliner Bureau bei der Berliner Streikbewegung speziell durch die Organisation des Sammelwesens geleistet hat, sei bloß zur Orientierung der auswärtigen Leser durch Erinnerung an die Konfektionsarbeiter, Hutmacher, und die Instrumentenmacher-Verewung belegt. Die Personenzahl in Berlin absolut relativ, mit Rücksicht auf die Einwohnerzahl, in Nürnberg stärker. Im Nürnberger Arbeiterssekretariat kamen 1896/97 täglich 28 Personen in die Sprechstunde gegen 22 im Jahre 1894/95. Sehr interessant sind die statistischen Daten über die Vertheilung der Besuche nach Monaten, Tageszeiten und Jores, ferner nach Beruf, Organisation und Wohnort der Fragesteller. Die ungeheure Mannigfaltigkeit der Gebiete, über die Ansuchen erbeten wird, beweist, wie gering der Reichthum der unermittelten Volksschichten bei uns ist, wie unmöglich es dem einzelnen wird, sich über alle ihn betreffenden Rechtsbestimmungen zu informieren. Daß da, so lange nicht öffentlich rechtliche Veranstaltungen für Rechtsbelehrung geschaffen werden, Institutionen wie die Nürnberger und Berliner außerordentlich nützlich sind, versteht sich von selbst. Sehr werthvoll sind in dem Nürnberger Berichte die ausführlichen Darstellungen einiger für die Arbeiter sehr bedeutungsvoller Rechtsfälle, vor allem auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. An ihnen wird deutlich gezeigt, wie nützlich es für die Arbeiter war, sich an das Arbeiterssekretariat um Rath zu wenden.

Ein ausführliches Kapitel voll interessanter Einzelheiten ist in dem Berichte des Arbeiterssekretariats der Gewerkschaftsorganisation in Nürnberg, ferner in besondere Abschnitte der Lohnbewegungen und der Thätigkeit der Arbeitnehmer-Besitzer des Gewerbegerichts Nürnberg gewidmet. Außerdem enthält der Bericht eine Reihe von Notizen und Wegweisungen an die Arbeiter, die zwar bloß lokale Interesse haben, aber für die Nürnberger Arbeiterschaft unzweifelhaft von sehr großem Nutzen sind.

Der Werth dieser Veröffentlichung liegt, abgesehen von seiner Bedeutung für die Nürnberger Arbeiter darin, daß ein Muster für die Leitung und Organisation solcher Sekretariate geschaffen ist. Auch in Berlin kann man so manches für die Reichsverbände der Gewerkschaftskommission aus dem Berichte des Nürnberger Arbeiterssekretariats lernen. Freilich, so lange die übermäßige Arbeit des Gewerkschaftsbureaus in Berlin von einer Person ausgeführt wird, wäre es unbillig, noch mehr zu verlangen, als ohnedies schon geleistet wird. Bei aller Anerkennung für das in Nürnberg geschaffene, möchten wir aber vor unüberlegter Nachahmung der dortigen Einrichtung warnen. Um ein solches Institut seinen Zweck erfüllen zu lassen, gehören verhältnismäßig große Geldmittel und eine sehr selten zu findende persönliche Kraft. Was Genosse Segit kann, bilden sich viel mehr Leute sein zu können, als dies thatsächlich der Fall ist. Sehr viele Kenntnisse, Fähigkeiten und Charaktereigenschaften, die sich selten in einer Person vereint finden, gehören zur erfolgreichen Einrichtung und Leitung von Arbeiterssekretariaten.

Unternehmer-Verbände.
Die französische Waffenfabrik-Gesellschaft Schneider-Creuzot hat, wie aus Paris gemeldet wird, auf ihrer Generalversammlung die Vereinigung mit der Kanonenfabrik Canuet beschlossen. Der Beschluß ist in der Voraussetzungen gefaßt worden, daß die geplante Kartellreform vom Parlament bewilligt werden wird. Diese Reform wird das bisherige löstpielige Kanonenmaterial ins alte Eisen und bringt der Waffenindustrie eine Fülle kolossaler Aufträge.

Ein Syndikat italienischer Glasfabrikanten hat sich in Turin konstituiert.
Das Syndikat der amerikanischen Fensterglasfabrikanten, das am 1. Januar abließ, ist verlängert worden.

Soziales.
Risiko der Arbeit. Ein schweres Orbenungsglück hat sich, wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, am Sonnabend auf dem Ficus-Schachte in Laurahütte ereignet. Das Terrain dieser alten Grube ist von den seit längerer Zeit brennenden Theilen der Ficus-Grube durch dicke Mauerdämme getrennt, die jedoch häufig Risse bekommen. Auch am letzten Sonnabend strömten wieder giftige Gase durch solche Risse in den Ficus-Schacht aus. Abends gegen 6 Uhr unternahm es ein Fabrikarbeiter und zwei Häuer, die gefährliche Stelle aufzusuchen. Plötzlich schlug der Luftstrom um und die gefährlichen Gase nahmen die Richtung nach dem Ficus-Schachte. Der eine Häuer vermochte sich zu retten, als später ein anderer Bergmann Hilfe zu bringen suchte, explodirten die an-

stömenden Gase und eine riesige Feuergerde stieg zum Himmel empor. Der Schacht stand in hellen Flammen und war bis Sonntag früh ausgebrannt. Der Fabrikarbeiter und ein Häuer sind bei dem Brand ums Leben gekommen.

Schächte in der Nähe brennender Flöße sollten überhaupt nicht mehr betrieben werden dürfen. Ein Arbeiter ist für die Kultur werthvoller als der sogenannte „Nationalreichtum“, der unter Gefährdung der Arbeiter produziert wird.

Was das Kapital erzieht: Die Wiederverarbeiter Brauerei in Eiberfeld vertheilt 13 pCt. Dividende an ihre Aktionäre.

Porzellanfabrik Kahla: Der Aufsichtsrath beschloß, der Generalversammlung 22 pCt. Dividende (gegen 20 im Vorjahre) zur Vertheilung in Vorschlag zu bringen. Außerdem fanden normale Abschreibungen statt und sollen außerdem 150 000 M. für künftig zur Vertheilung zurückgestellt werden.

Abheische Anthracit-Kohlenwerke in Kupferdreh. Der Ueberbruch der Gesellschaft betrug nach Berücksichtigung der Abschreibungen für das erste halbe Geschäftsjahr 91 000 M. gegen 56 000 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das zweite Halbjahr 1896/97 stellt eine ähnliche Grate für die Aktionäre in Aussicht. Ueber die Löhne der Arbeiter schweigen sich die Berichte aus.

Internationalismus des Kapitals. In „Vorwärts“ ist schon mitgeteilt worden, daß Konstanterath Krupp aus Essen bei Riga in Rußland Terrain angekauft hat, um ein Eisen- und Stahlwerk zu errichten. Jetzt wird bekannt, daß es sich um eine Kanonengießerei handelt, die von dem deutschen Kanonenkönig für den russischen Staat errichtet werden soll. Bei einem etwaigen Kriege zwischen Deutschland und Rußland wird das Jarentum also mit Kanonen argumentieren, die von „deutscher Arbeit“ und „deutschem Geiste“ erzeugt wurden. Wenn aus solchen deutsch-nationalen Proben die russischen Kugeln in die Weiber unserer Landleute prasseln, mit welchem patriotischen Hochgefühl muß sich's dann sterben lassen! — Dem Kapital ist erlaubt, international zu treiben was es will. Wehe aber dem Arbeiter, der sich vernünftiger internationale Lohnbewegung zuunternehmen. Verfolgungen aller Art sind sein Loos.

Die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an alle Volksschüler in Mainz, die von unseren Genossen beantragt war, ist von den Stadtverordneten natürlich abgelehnt worden. Ebenso wenig fanden zwei von bürgerlicher Seite gestellte Anträge Gnade, wonach einerseits die Lehrmittel wenigstens den Kindern jener Eltern, die weniger als 900 Mark Einkommen haben (40 pCt. alter Kinder), andererseits die Schreib- und Zeichenhefte allen Kindern unentgeltlich geliefert werden sollten. Die Mainzer Stadtverordneten vermochten sich nur zu dem Beschlusse aufzuschwingen, daß die unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln an bedürftige Kinder künftig schonender als bisher gewährt werden soll. Das mündliche Verlangen soll genügen und die unentgeltlich gelieferten Schulbücher sollen keinen Stempel mehr tragen, sondern Eigentum des Kindes bleiben. Etwas haben unsere Mainzer Genossen mit ihrem Vorstoß also doch erreicht.

Briefkasten der Redaktion.

H. M. Goerlich. Wir werden Ihnen in den nächsten Tagen Auskunft zukommen lassen. Freilich kostspielig dürfte die Sache sein.
C. S. 47. Aus finanziellen Gründen.
Stier, Zittauer. Das „Momententhor“ von Sanders ist ein vom Taschentuch hergeleitetes Verbrechen.
Katholischer Sozialist. Auch wir haben bemerkt, daß im Leitartikel der heutigen „Katholischen Volks-Zeitung“ (Beilage zur Germania) über die Finanzreform des Reichs alle Sätze von „Im Strafe sowohl wie im Brechen besteht kein volles Einmühen-Verbrechensrecht“ an bis zum Schlußsatz, der weder eigene Initiative ist, wodurch dem „Vorwärts“ die Artikel entnommen ist. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn ein uns so lehrreiches Blatt für unsere Aufklärung der Finanzpolitik eintritt. Einen Vorwurf wegen Nichtglaubens zu machen, liegt uns fern. Von solchen Kleinlichkeiten haben wir uns stets fern gehalten.
Hochm. H. H. Brief vom 15. 1. 97 empfangen. 2. Nummer.
C. S. 100. Neuband, Wäppler 3: Ja. — 41. P. G. 1. Ja. 2. Mit Ablauf der Strafe. — G. S. 100. 1. Sehr lang.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 26. Januar.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Galali. Die stille Woche.
Deutsches. Moritur.
Berliner. Renaissance.
Veffing. La Parisienne. L'été de la St. Martin.
Westen. Die wilde Jagd.
Neues. Rarocelle.
Reifens. Die Frauenjäger.
Unter den Linden. Flotte Bursche.
Rund um Wien.
Central. Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Lodoogel.
Thalia. Frau Lieutenant.
Velle Alliance. Adam und Eva.
Schiller. Der Scherling. Die Komödie der Irrungen.
Alexanderplatz. Ohne fittlichen Halt.
Citend. Schwerenöther.
Parodie. Der Berggeist.
Volfs. Robert und Bertram.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Apollon. Spezialitäten.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abds. 8 Uhr: Der Scherling. Die Komödie der Irrungen.
Mittwoch, abds. 8 Uhr: Ein Wintermärchen.

Friedrich Wilhelmst. Theater.
Der Lodoogel.
Vollständ. in 5 Akten v. Max Kreyer.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonabend, nachmitt. 4 Uhr: Die Puppenfee. Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten v. Georg Hummermann Sonntag, nachm. 4 Uhr: Die Waife von Sowood. Ein Schauspiel in 3 Akten und 1 Vorspiel von Charlotte Birch-Bleifer.

Alexanderplatz-Theater.
Heute und die folgenden Tage: Pittante Novität! Ohne fittlichen Halt. Sittensbild in 5 Akten von Friedrich. Noch nie dagewesener Erfolg. Anfang 8 Uhr.
(Bons, auch die zu anderen Stunden ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.)
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Fischenbrödel. Zaubermärchen mit Gesang und Tanz.
Billetts sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Vormittag 1/11-2 Uhr. Abends von 1/7 Uhr an.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Baudewille in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und S. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“

Citend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 122. Dir. C. Weiff.
Wiederanstreten
von Fräulein Anna Müller.
Schwerenöther.
Poffe mit Gesang in vier Akten von Oskar Klein. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: Wafzerkönig.

Volks-Theater
34 Reichenbergerstr. 34
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachschub: Abends 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gesangsposse in 4 Akten von G. Haber.
Robert: D. Kettner. Bertram: R. Conrad. Rofel: Fehlelein. Senden. Appelmeyer: Herr August Reiff. Juch: Herr Broddel. Strambach: Herr Richter. Fibore: Fr. Elise Bender.
Entree 50 Pf. bis 3 R.

Concordia Variété-Theater
Brunnenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. Wefch. Carré, brillante Doppel-Tongleure.
Mira Bormann, die feldje Soubr.
Otto Babel, gefüllt nach wie vor.
Neu einstudiert:
Bomben und Granaten. Poffe.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Umständ. Billets haben Gültigkeit.

Zeem-Palast, Burgstr. 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Dienstag, den 26. Januar
wegen Privatfeftlichkeit geschlossen!
Mittwoch und folgende Tage:
Gr. Künstler-Vorstellung.
Sonntag letztes Auftreten des gesammten so erfolgreichen Künstler-Personals.

Urania, Tauben-Strasse No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Inbaldenstr. 57/58
Vehrer Stadthaus
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experiments
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanfchlage.

Passage-Panoptikum.
Som 23. d. M. ab:
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen
um 6 und 7 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Die beiden indischen Pygmäen
die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Bettchswimmen.

Central-Theater.
Wie Jakobstr. 30. Dir. Mich. Schulz.
Dienstag, den 26. Januar cr.:
Emil Thomas a. G.
Zum 306. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Poffe mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern von F. Freund und
W. Mannsdorf. Musik von Julius
Eindöbhofer.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Eine tolle Nacht.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glüd.
Nur noch einige Tage
das sensationelle
Januar-Programm
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Montag, den 1. Februar 1897:
14 Debuts.
Zur gefälligen Beachtung:
Vom 1. Februar ab beginnen
die Vorstellungen um 7 1/2 Uhr.

Berliner Poffen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben).
Direktion: Joseph Mchinger
und Leonhardt Gastel.
Heute: Letzte Aufführung von
Heinrich Heine.
Lebensbild in 3 Aufzügen
von Weis.
Morgen, Mittwoch:
Neu einstudiert:
Der Glücksmacher.
Von Max Janu u. Leonhardt Gastel.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entree 30 Pfennige.
Die Direktion.

Circus Buseh.
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 26. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Soirée equestre.
Das Tagesgespräch von Berlin.
Nach Sibirien.
Feenhafte Aufstättung. Tollkühne
equestre. Leistungen. Alles
nach Original-Ideen.
Auserdem: Ein hippol. Potpourri
von 14 Hochgehngen, dress. u.
vorgeführt v. Dir. Busch. Wellington,
russ. Dengst, geritten von Herrn
Salomonsky. Ein Reiter-
rinnen-Potpourri. Abjunct,
ohrr. Dengst, ger. v. d. berühmten
Schulmeisterin Mme. Maria Dore.
100 Clowns, männl. und weibl.
Auftr. des Wager-Klowns Mr. Alf.
Daniels. Spezialitäten I. Wanges.
Morgen: Nach Sibirien.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Eintritt:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Aufstättung: Burleske mit Gesang
Anfang: Entree:
Wochentags 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntag 6 Uhr. Sonntag 30 Pf.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (Girg-Passage)
Anfangstr. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernposse mit Gesang und
Tanz in 1 Akt.
Herrn Webling, Tanzkomiker Lotte
Flegel, Bravour-Klown mit 50 dress.
Hatten. Max Alfredo Rey, Salow
Humorist. Ernst Kühne als heyr-
reicher Franzose. Brothers Khorras,
musikalische Klown ohne Konkurrenz.
Freiarbeiten haben Gültigkeit.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Entree 30 Pf. R. Winkler.

Circus Renz
Karlstrasse.
Jubiläums-Zeison 1896/97.
Dienstag, den 26. Januar 1897:
abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Aufführung der Novität!
Aus der Mappe
eines
Niefengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische
Handlung, mit komischen Szenen,
Wiedergabebenen, einer naturgetreuen
Hörnerichlittensfahrt im Niefen-
gebirge u. einem zauberischen Ballet:
Im Reiche des Geisterfürsten! Von
Direktor Fr. Renz und dem groß-
herzoglich heffischen Hofballmeister
August Niems. Noch nie ge-
sehene Kostüm-Pracht! Höchst
charakteristische Dekorationen!
Ueberraschende musikalische Effekte! Ge-
fall! Ruchel! Juchel!
Mittwoch, d. 27. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus der Mappe eines
Niefengebirgs-Phantasten.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrat und Direktor.

Johann Lumpe
Gastspiel
Parodie-Theater
Cranienstr. 52.
Nov. Der Berggeist Nov. 1:
ober: Das grane Kreuz im Teufelsthal
und: Die Jüngerin vom Niefengebirge.
Große romantische Fittler-Tragödie
von Fischer.
Hochwohlgehorrenes Publikum! Be-
ehren Sie mich mitfühl. Furcht und
Gruen bleibe in den Kinderstuben
steden, unsere Kunst fährt die Liebe
zur Natur und Wahrheit! -

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Weffel, Pietro,
Britton, Steidl,
Krone, Röhl und
Schradler).

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
!! Im Frühlingsglanz!!
Populäre Konzerte:
Im Hliederhain,
In der Rosenlaube,
Im Chigarien,
In der Hapsenlaube,
Im Weinberge.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Aufstreten von Humoristen, Romancern u.
Hauswirths Tochterlein.
Poffe.
Ausschank der Berliner
Bock-Brauerei.

6 Pfund Brot für 50 Pf.
Albrecht's Bäckerei,
Faldensteinstr. 28. Rangstr. 26.
Drangelstr. 8. Vansickerstr. 2.
Wegen Geschäftsbüdernahme sehr
schöne Wohnung (of. Campdenstr. 30).
Veeres Zimmer zu verm. Georgen-
str. 48, II. L. Eing. Gollnowstr. 6.
Röhl, Schiafft, Hiltterstr. 116, p. 4 Tr. L.
Schlaff, 7 R., Voutenstr. 48, S. I.
3 Tr., Wandmünd. 29626
2 Mädchen finden freundl. Schlaff,
Vangstr. 63, Hof 1 Tr. rechts. 29636
Schlaff, Holzmarktstr. 73, 4 Tr. L. 29136

Arbeitsmarkt.
Eine anständige Aufwärterin ver-
langt
N. I. d. B. 62, Hof II, Kaufg. IV.
Geburden.
Tüchtige Geradewäger a. Pfeffer-
rohr, Partridge u. Buchenscheife finden
Stodfabrik Fels, Werner u. Co.,
Hiltterstr. 15.
1 gebür. Korton-Pappenschneider
wird verlangt. 29576
Offerten unter Z. 60 nimmt die
Expedition entgegen.
Kurbelheper u. Steppertinnen verl.
David Riese, Jägerstr. 15. 29896

Orts-Frankenkasse
für das
Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Auf grund des § 62 des Kassensatuzs theilen wir mit, daß der Vorstand
in seiner Sitzung vom 13. d. M. sich folgendermaßen konstituiert hat:
Vorstand: Herr Gustav Günther, Greifswaldstr. 8.
Stellvertreter: Herr Buchdruckereibesitzer Otto Walter, Kom-
mandantenstr. 44a.
Schriftführer: Herr Robert Thiele, Kolonnenstr. 23.
Stellvertreter: Herr Ernst Tübbecke, Dierbergstr. 27.
Kassenkontrollreure: Herr Otto Bleich, Kolonnenstr. 7, und
Herr Richard Schürlein, Reichenbergerstr. 20.
Beisitzer: Herr Buchdruckereibesitzer W. Röwer, Wlafferstr. 5.
Arthur Scholem, Noßstr. 3.
Frau E. Jendritza, Jahnsstr. 17. 29546
Berlin, den 21. Januar 1897.
Der Vorstand.
Gustav Günther, Vorsitzender. Paul Magnan, Kendant.

Orts-Frankenkasse für das
Goldschmiede-Gewerbe
zu Berlin.
Auf grund des § 67 des Statuzs
bringen wir hierdurch den Mitgliedern
zur Kenntniz, daß die in der General-
versammlung am 28. November 1896
beschlossene Aenderung des § 16 des
Statuzs betr. die Aufrechnung der
Krankheitskosten u. am 14. Januar
1897 vom Bezirks-Ausschuss genehmigt
worden ist. Druckerexemplare können
im Kassenschatz in Empfang genommen
werden. 71/9
Berlin, den 25. Januar 1897.
Der Vorstand.
J. K. G. Davidschänker, Vorf.
Elisabethstr. 45b.

Zur pünftlichen Beforgung des
„Vorwärts“ für den Osten Berlins
und der Sorozite empfiehlt sich die
Zeitungs-Expedition von
Carl Bohn, Frankfurter Allee 135.

**Gardinen-
Rester-Ausverkauf**
älterer Muster in weis und crème zu
1-4 Pfennigen passend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Seiner Weg Nr. 80
part. Eing. vom Plur (kein Laden).
Neuheiten treffen täglich ein.

Wäschgarderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Berein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranienstr. Nr. 178.
Abalberstr. 91.
Ede Cranienstr. 178.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig.
1 Stück Lanolinseife und ein reines
Handtuch liefern ich 1. 10 Pf. u. Woche.
Handtuch-Berlei: Juch. S. Figner.
Rene Königsstr. 17.
Fernspruch-Kant VII. Nr. 2087.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 R. an,
Theils wöchemt. 1 R., wird abgeholt.
Zahnziehen, Zahnreimen, Retentions-
bei Befestigung umsonst.
Guckel, Vausigerplatz 2, Wlaffer-
str. 12, Steglitzerstr. 71 I.
Betten, Regulatoren, Remontier-
uhren, Wäsche, Anzüge, Hosen, Goldw.,
Granatschmuck spottbillig Pfandleihe
Reichenbergerstr. 6.

Der Ausstoß unseres diesjährigen
Bock-Bieres
beginnt am
Sonabend, den 30. Januar cr.
Berlin, Johannist. 18/19.
Münchener Brauhaus, Act.-Ges.
Telephon: Kant III Nr. 8035.

Bitte verlangen Sie:
„Unsere Sorte!“
„Unsere Sorte“ ist angenehmen Geschmacks.
„Unsere Sorte“ ist bestmännlich.
„Unsere Sorte“ ist kostbillig.
Zu haben in allen Kolonialwaaren-Geschäften und Restaurants.
Kleingeg. Fabrikant:
A. Flatow, Berlin N., Brunnenstr. 7.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn** Am Stadtbahnhof
Ede Neue Promenade. „Börse“.
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinentwaaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Direct von Aachen!
dem durch seine vorzüglichen Tuchwaaren bekannten ersten Fabrikort Deutschlands, ver-
senden wir zu **hervorragend billigen Preisen Herren-Anzug- u. Paletotstoffe**,
von den einfachsten bis zu den hochmodernsten, für jeden Geschmack passend, in
tadelloser reeller Waare. **Anerkennungsschreiben** in grosser Anzahl aus fast
allen Städten Deutschlands beweisen unsere **Rechtlichkeit und Leistungsfähigkeit**. Vor-
zügliche **Musteranwahl franco** - ohne Kaufverpflichtung - an Jedermann.
Unsere seit Jahren bekannten und bewährten
sind wieder vorrätzig und werden trotz der hohen
Wollpreise wie bisher 3 1/2 Meter schwarz, blau
oder braun zu einem moder-
nen, gediegenen Anzuge für
10 Mark! geliefert. (Zahllose Empfehlungen).
Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78. Man bitte genau
zu adressiren.

Unserem Freunde und Genossen
Emil Götze zu seinem heutigen
Wochenfest ein dreifach donnerndes
Dank, daß die ganze Wade wackelt.
Er ist gemachten nicht sehr groß.
Wie eine Weibster-Kruse blöb.
Prost o o o!
Die Stammgäste.
Statt besondrer Meldung.
Die Verlobung unserer einzigen
Tochter Henriette mit dem vruhl.
Arzt Herrn Dr. Norbert Auer-
bach beehren wir und hiermit er-
gebenst anzugeigen.
Berlin, im Januar 1897.
Dr. Wolf und Frau.
W., Steinhagenstr. 50.
Henriette Wolf
Dr. Norbert Auerbach
Berl. 29006

Sonntag, den 24. Januar,
mittags 12 1/2 Uhr, verließ nach
kurzem Krankenlager mein lieber
Mann, der Parquetleger
Julius Fiedler.
Die Beerdigung findet Mitt-
woch, den 27. Januar cr., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes,
Prinzen-Allee, statt.
Die trauernde Wittwe.

Ich fordere die Tischler Fritz
Lehmann, Goldenstraße, Schiller,
Friedrichstraße, Räder, Nordstr. und
Beder, Friedrichstraße, an der West-
str. von R n a d u. Jahn in Schön-
berg auf, ihren Verpflichtungen wie
gegenseitig nachzukommen. 29588
Martha Lindemann, Gollnowstr.
Schöneberg, Reichenbergerstr. 1.

**Kranzbinderei u. Blumen-
handlung Robert Meyer,**
57099 von
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Bildungsstränge, Guirlanden, Ball-
sträußen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Bereinszimmer
mit Pianino zu vergeben. Restauration
Reichenbergerstr. 174. 9432*

Reinhold Streit
Nannyn-Strasse 86
empfiehlt Freunden u. Bekannten
sein Weiss-u. Barischbier-
Lokal. Vereinszimmer bis
50 Personen fassend, noch mehrere
Tage frei.

Mache hiermit die geehrten
Bereinsmitglieder, daß
ich unvorhergesehener Um-
stände zufolge mein Lokal
noch einige Sonabende und Sonnt-
age im Monat Februar, desgleichen
jeden Sonabend und Sonntag im
März frei habe, und bitte dieselb. zu
berücksichtigen.
Wachtungsvoll
9402*

A. Buske,
Grenadierstr. 33. C.
Achtung! Achtung!
Vereine!
Zur bevorstehenden Saison hält
sich der Tanzlehrerverein, Solidarität
den wertlichen Gesechschäften und Berei-
nen bestens empfohlen. 2901
Befestigung diese im Vereinslokal
Kannenstr. 16, sowie an den Unter-
zeichneter zu richten.
J. A. Richard Hartmann, Vorf.,
Schönhauser Allee 63.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-
Fabrik sind die besten u. ein leichter
Erwerbssweg für Männer, Frauen u.
Bosam-Geschäfte. Erlernen leicht und
gratis. Arbeit u. nachgewiesen. Ver-
traut zu Fabrikpreisen. Vager bei dem
Vertreter A. Gomburger, Heilige-
geiststraße 49, Berlin. Nachmittags. *